

Stand: 23.02.2026 02:38:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/12935

"Haushaltsplan 2021; hier: Bezüge der abgeordneten Beamten (Kap. 02 01 Tit. 422 31)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/12935 vom 01.02.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14199 des HA vom 11.02.2021
3. Beschluss des Plenums 18/14827 vom 23.03.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 77 vom 23.03.2021 (EPL 2)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner** und
Fraktion (AfD)

**Haushaltsplan 2021;
hier: Bezüge der abgeordneten Beamten
(Kap. 02 01 Tit. 422 31)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2021 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 02 01 Tit. 422 31 wird der Zugang von 5 neuen Stellen für abgeordnete Beamte auf 0 reduziert.

Die eingesparten Mittel werden in Kap. 13 06 TG 51 – 64 und Kap. 13 60 TG 51 – 52 zur Verringerung der Schuldenaufnahme bzw. Erhöhung der Tilgung am Kreditmarkt verwendet.

Begründung:

Waren im Jahr 2019 noch 240 Stellen in der Staatskanzlei zu besetzen, wurden es im Jahr 2020 bereits 320. Der Anstieg des Beamtenapparates um 33 Prozent ist ein Zeichen von ineffizienter Verwaltung und muss nicht noch fortgeführt werden. Mit den für das Jahr 2021 angedachten Stellen wären es bereits ca. 47 Prozent über dem Niveau des Jahres 2019, was eine unzumutbare Belastung der Bürger darstellt.

Obwohl sich keine wesentlichen organisatorischen Änderungen im Einzelplan des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei ergeben, wird durch die Erhöhung der Stellen die implizite Staatsverschuldung in die Höhe getrieben.

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14199 des HA vom 11.02.2021

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 02 werden abgelehnt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: keine nochmalige Stellenmehrung in der Staatskanzlei
(Kap. 02 01 Tit. 422 01 u. 428 01)
Drs. 18/12788
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 02 02 neuer Tit.)
Drs. 18/12789
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Für eine effektive Wirkungskontrolle in der bayerischen Entwicklungszusammenarbeit - Mittel für Entwicklungsevaluierungen bereitstellen!
(Kap. 02 03 Tit. 526 11 u. 540 01)
Drs. 18/12790
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Sustainable Development Goals in Bayern gemeinsam umsetzen - Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie mit Bürgerbeteiligung neu erarbeiten
(Kap. 02 03 Tit. 526 23 u. 526 11)
Drs. 18/12791
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bayerischen Jugendring stärken statt Bayerisches Auslandsinstitut gründen
(Kap. 02 03 Tit. 540 58 u. 684 58)
Drs. 18/12792

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Umsetzung der Agenda 2030 in Bayern stärken
(Kap. 02 03 Tit. 682 53, 542 53 u. 685 53)
Drs. 18/12793
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/12882
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 02 01 Tit. 428 01)
Drs. 18/12883
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Ausgaben für die Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen für staatliche Zwecke und die Nutzung durch Dritte bei dringendem Staatsinteresse
(Kap. 02 02 Tit. 981 16)
Drs. 18/12884
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)
Drs. 18/12885
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Ehrenpatenschaften des Ministerpräsidenten
(Kap. 02 03 Tit. 681 04)
Drs. 18/12886
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/12934

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bezüge der abgeordneten Beamten
(Kap. 02 01 Tit. 422 31)
Drs. 18/12935
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 18/12936
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Stiftung „Wertebündnis Bayern“
(Kap. 02 03 Tit. 540 54)
Drs. 18/12937
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Eine-Welt-Promotorinnenprogramm
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)
Drs. 18/12938
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 18/12939
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Förderung der internationalen Beziehungen Bayerns
(Kap. 02 03 Tit. 687 53)
Drs. 18/12940
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Gegen Fake-News - Zuschüsse für Veranstaltungen im Medienbereich
(Kap. 02 05 Tit. 686 05)
Drs. 18/12941

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Alexander König

Abg. Katharina Schulze

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Christoph Maier

Abg. Ferdinand Mang

Erster Vizepräsident Karl Feller

Abg. Horst Arnold

Abg. Martin Hagen

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Florian Siekmann

Abg. Martin Böhm

Abg. Michael Hofmann

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Abg. Markus Plenk

Abg. Harald Güllner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 02

für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/13026 und 18/13027)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/12788 mit 18/12793)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/12934 mit 18/12941)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/12882 mit 18/12886)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 119 Minuten. Somit entfallen die bekannten Redezeiten auf die jeweiligen Fraktionen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass von der AfD-Fraktion zu deren Änderungsantrag auf Drucksache 18/12936, "Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung", Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt wurde.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Alexander König.

Alexander König (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, gestatten Sie mir als erstem Redner heute Nachmittag, Ihnen für diesen würdevollen Trauerakt herzlich zu danken. Dafür vielen herzlichen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Wir schnaufen jetzt alle einmal durch und kommen wieder zum Tagesgeschäft, sprich zur Endberatung des Haushalts 2021.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, schon zu Beginn dieser Beratungen lässt sich mit Sicherheit sagen: Bayern bleibt das Land der soliden Finanzen, das Land der Investiti-

onen und das Land der Zukunftschancen. Der Haushalt 2021 gibt Sicherheit durch kraftvolle Investitionen, er steht für Stabilität und Verlässlichkeit, und er wirkt mit den Schwerpunkten Bildung, Wissenschaft und Forschung weit in die Zukunft – ein Füracker'scher Musterhaushalt insgesamt, mit den allerdings nicht zu vermeidenden Corona-Unsicherheiten.

Das Haushaltsvolumen steigt im Jahr 2021 auf 71,2 Milliarden Euro. Bereinigt um die coronabedingte Schuldenaufnahme für das Kapitel 13 19 – Sonderfonds Corona-Pandemie – in Höhe von maximal 8,3 Milliarden Euro handelt es sich um eine moderate Haushaltserhöhung von deutlich unter 3 %.

In der Debatte zum Doppelhaushalt 2019/2020 hat Herr Hartmann von den GRÜNEN noch massiv das Ausgabenwachstum kritisiert. Zu diesem Haushalt 2021 haben die GRÜNEN Mehrausgaben in Höhe von 1,3 Milliarden Euro beantragt sowie zur Finanzierung anderer Maßnahmen massive Kürzungen im Sozialbereich wie die Streichung des Familiengeldes in Höhe von 770 Millionen Euro und des Landespflegegeldes in Höhe von 414 Millionen Euro. Außerdem wurde von den GRÜNEN beantragt, einen Einnahmetitel für Einnahmen aus der Ausgabe von sogenannten Green Bonds in Höhe von einer Milliarde Euro zu veranschlagen. Die Milliarde sollte nach grüner Vorstellung für ökologische Projekte verwendet werden.

Allein diese Vorschläge würden eine Steigerung des Haushaltsvolumens um mehrere Milliarden Euro bedeuten, weshalb ich davon ausgehe, dass Ausgabenwachstum nicht mehr Ihr Kritikpunkt am Haushalt sein wird. Dafür spricht auch das Parteiprogramm der GRÜNEN zur Bundestagswahl, das in Konkurrenz zur SPD und der LINKEN auf höhere und neue Steuern, mehr Umverteilung, mehr Staatsanteil und damit auf ungehemmtes Ausgabenwachstum setzt, eine Politik zulasten der Jugend, der Zukunft und zulasten unseres Landes, eine Politik, die für uns, die CSU, weder im Bund und schon gar nicht in Bayern in Betracht kommt.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen, Kolleginnen und Kollegen, auf Stabilität und Verlässlichkeit. Diese wurde uns auch wieder durch ein erneutes Spitzenrating von Standard & Poor's bestätigt. Bayern erzielte als einziges Bundesland die Bestnote. Unser Dank gilt an der Stelle auch unserem Finanzminister Albert Füracker, der hierauf zu Recht stolz sein kann.

Natürlich, Kolleginnen und Kollegen, wird der Haushalt 2021 auch von der Corona-Pandemie geprägt. Wir hoffen, dass es der Bundesregierung, die für die Beschaffung des Impfstoffes zuständig ist und derzeit auch alleine Zugriff auf die Impfstoffe hat, gelingen möge, die Bestell- und Lieferengpässe zu überwinden, um damit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die so dringend erforderliche Normalisierung unseres Lebens schnellstmöglich erreicht werden kann.

Bis dahin tun wir hier alles, um Leben zu retten, Menschen zu schützen, indem wir Medikamente, Schutzausrüstung, Schnelltests, Geräte, Ausrüstung usw. beschaffen, die Logistik für die Impfungen bereitstellen und auch Entschädigungen nach dem Infektionsschutzgesetz bezahlen. Insgesamt investieren wir in diesem Jahr für die Stärkung des Gesundheitsdienstes, wozu auch 500 zusätzliche Stellen gehören, 5,7 Milliarden Euro von der maximal vorgesehenen Neuverschuldung.

In danke an der Stelle, Kolleginnen und Kollegen, unserem Ministerpräsidenten Markus Söder, der unser Land trotz aller hier nicht zu vertretenden Unzulänglichkeiten geradlinig, sicher und verlässlich durch diese große Herausforderung steuert. Ich wünsche, alle notorischen Besserwisser ohne konkrete Gegenvorschläge könnten die ungeheure Verantwortung und Last, die auf Markus Söder tagtäglich ruht, auch nur einmal kurz spüren.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke aber auch unserem Gesundheitsminister Klaus Holetschek, der einen tollen Job macht, stellvertretend für alle Frauen und Männer, die nicht nur reden, sondern durch aktives Tun die täglichen Herausforderungen der Corona-Pandemie bewältigen.

Rechnerische Grundlage des Haushalts 2021 ist die Steuerschätzung vom November, die Steuermindereinnahmen in Höhe von 3,7 Milliarden Euro prognostiziert. Neue Schulden machen wir ausschließlich für coronabedingte Maßnahmen. Das heißt, wir halten an der Schuldenbremse fest. Mit uns gibt es kein Aufweichen der Schuldenbremse, noch nicht einmal für Investitionen, mit uns gibt es auch keine Green Bonds oder ähnliche Wechsel auf die Zukunft unserer Kinder. Wir stehen für generationengerechtes Haushalten und Wirtschaften. Das ist und bleibt das Markenzeichen der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Wer solide wirtschaftet, Kolleginnen und Kollegen, wie wir das tun, der verfügt auch über eine nennenswerte Rücklage und kann dieser, wenn es, wie in diesem Jahr nötig ist, 2,1 Milliarden Euro entnehmen. Zusammen mit einer globalen Minderausgabe aller Ressorts über 538 Millionen gleichen wir den Haushalt 2021 aus. Der Haushalt 2021 ist ein ehrlicher Haushalt, der neben den zu erwartenden Steuereinnahmen aus dem Dreiklang aus coronabedingten Schulden, der Rücklagenentnahme und den Sparbeiträgen der Ressorts besteht.

Wir brauchen jedoch, Kolleginnen und Kollegen, keine neuen Steuern, wie die von Herrn Scholz, von den GRÜNEN und der LINKEN geforderte Vermögensteuer, deutliche Erhöhungen der Einkommensteuer für die sogenannten Besserverdienenden, wie jetzt auch von den GRÜNEN gefordert, und schnellere und höhere Belastungen unserer Wirtschaft, wie die im Wahlprogramm der GRÜNEN vorgesehene vorzeitige Erhöhung der CO₂-Abgabe.

Die Wirtschaft braucht Verlässlichkeit. Verlässlichkeit heißt auch, nicht ständig und willkürlich die Rahmenbedingungen zu verändern. Wir brauchen im Gegenteil steuerliche Impulse für unsere Wirtschaft und steuerliche Anreize für die Leistungsträger in diesem Land wie die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, wenn wir gestärkt aus der Krise kommen wollen.

Seit der letzten Unternehmensteuerreform sind 13 Jahre vergangen. Seitdem hat die Welt um uns herum die Rahmenbedingungen verändert. Ein Exportland wie Deutschland muss darauf reagieren, wenn wir im Wettbewerb bestehen wollen. Deshalb heißt das Gebot der Stunde nicht Steuererhöhungen, sondern Anpassung der Steuersätze an die internationalen Wettbewerber. Wer glaubt, Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns in Deutschland eine grün-rot-rote Konsuminsel des Umverteils leisten können, der wird ein wirtschaftspolitisches und damit auch haushaltspolitisches Fiasko erleben müssen, das sage ich Ihnen voraus.

(Beifall bei der CSU)

Das ist nicht unser Weg. Wir setzen im Gegenteil auf Stabilität und auf kräftige Investitionen. Die Investitionsquote dieses Haushalts beträgt 14 %.

Auch unsere bayerischen Kommunen, die seit Jahren eine Investitionsquote von über 20 % haben, werden weiter kräftig investieren können, weil wir den kommunalen Finanzausgleich trotz rückläufiger Steuereinnahmen mit 10,36 Milliarden Euro auf Rekordniveau halten.

Gleichzeitig nimmt unser Haushalt 2021 entgegen manchen Erwartungen niemandem etwas weg – das ist ganz wichtig. Denn es wäre widersprüchlich, erst den Bürgern und Unternehmen zu helfen und ihnen dann wieder etwas wegzunehmen. Das gilt, Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, namentlich auch für soziale Leistungen wie das Familiengeld und das Landespflegegeld – Leistungen, die die GRÜNEN den Menschen nicht gönnen.

Für Kindertageseinrichtungen sieht der Haushalt mittlerweile 2,85 Milliarden Euro vor. CSU und FREIE WÄHLER sind als Familienkoalition angetreten und stellen dies auch mit diesem Haushalt in der Corona-Pandemie unter Beweis. Wir unterstützen auch nicht nur die Institutionen und die Träger, sondern vor allem auch direkt und unmittelbar die einzelnen Menschen. 23,6 Milliarden Euro investieren wir insgesamt in Wis-

senschaft und Bildung. Die im Doppelhaushalt 2019/2020 gestaltete Hightech Agenda wird beschleunigt und um neue Projekte ergänzt.

Eine bestens ausgestattete Polizei mit weiteren 500 neuen Stellen ist für uns ebenso selbstverständlich wie ein gleichbleibend hoher Haushaltsansatz von 393 Millionen Euro für unsere Staatsstraßen, zusätzliches Geld für das 365-Euro-Jugendticket und den ÖPNV, 77 Millionen Euro für die bayerische Klimaschutzinitiative, 76 Millionen Euro für das Maßnahmenpaket Artenschutz und 83 Millionen Euro für die Stärkung des Tourismus in Bayern, um nur einige Beispiele zu nennen. Diese und viele weitere Einzelmaßnahmen, Kolleginnen und Kollegen, werden heute und in den nächsten beiden Tagen Gegenstand der Endberatungen sein.

Ich danke unserem Finanzminister Albert Füracker und seinem Haus für die Vorlage dieses wirklich soliden Haushalts. Mein Dank gilt ebenso unserem Haushaltsausschussvorsitzenden Josef Zellmeier und den Mitgliedern des Haushaltsausschusses für die sorgfältige und zielorientierte Beratung.

Ob die Zahlen des Haushalts 2021, der nur ein Jahr umfasst, in Erfüllung gehen werden, hängt natürlich davon ab, wie sich die Dinge weiterentwickeln. Wir hoffen, sicher miteinander, dass wir schnellstmöglich aus der Corona-Krise kommen, sich unser Leben und unser Wirtschaften normalisieren und wir dann auch das Zahlenwerk dieses Haushalts 2021 einhalten oder vielleicht sogar übertreffen können.

Verantwortliche Politik heißt in dieser Zeit nicht nur, um die besten Lösungen zu ringen, sondern auch Zuversicht auszustrahlen, Kolleginnen und Kollegen. Dafür steht unser Haushalt 2021: Zuversicht! – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Katharina Schulze für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Staatshaushalt passt zu Markus Söder: Beim ersten Anblick erscheint er wuchtig im Auftreten, bei genauerem Hinsehen ist er aber ein Leichtgewicht; denn die Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Freistaates Bayern fehlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lieber Herr König, ich fand es ja nett, dass Sie anscheinend schon im Wahlkampfmodus sind und dass Sie den Großteil Ihrer Rede darauf verwendet haben, über unsere grünen Ideen für Investitionen in die Zukunft zu sprechen. Gerne führe ich das noch mal ein bisschen genauer aus, weil ich das Gefühl habe, Sie haben einige Sachen nicht konkret verstanden.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind eine Zukunftspartei, und deswegen haben wir einen Entwurf vorgelegt, der dafür sorgt, dass die Weichen in Bayern richtig gestellt werden – für Mensch und für Natur.

Lassen Sie mich mit der größten Herausforderung, der wir jetzt begegnen müssen, anfangen. Natürlich müssen wir die Corona-Krise bekämpfen. Aber die Klimakrise schläft währenddessen nicht. Wir sind schon mittendrin: Menschen sterben an Hitze, Dürre gibt es in Ober- und Unterfranken, Überschwemmungen in Niederbayern und zu warmes Grundwasser in ganz Bayern. Auch wenn sich Ihr Ministerpräsident immer gerne neben jeden Baum stellt,

(Zuruf)

wenn ein Fotograf danebensteht, zeigt doch Ihr Haushalt, dass Sie beim Thema "konsequenter Klimaschutz" nur in Trippelschritten vorangehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Ihrem Haushalt sinken zum Beispiel die Zusatzmittel zur energetischen Gebäudesanierung auf 25 Millionen Euro. Da stelle ich mal die Frage: Wie viele Gebäude wollen Sie denn dann mit dem Geld sanieren? Was ist mit den kommunalen Gebäuden?

Ihr Förderprogramm "Green Hospital" bzw. "Umweltfreundliches Krankenhaus" läuft einfach nur aus. So geht, Kolleginnen und Kollegen, kein konsequenter Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen hat meine Fraktion die Klima-Milliarde vorgeschlagen. Das ist der Kern unseres Haushaltsentwurfs. Diese Milliarde muss in konsequenten Klimaschutz fließen. Wir bauen damit die Nahwärmenetze aus, wir renaturieren die Moore, wir verbessern das Zugangebot, wir investieren in Elektromobilität und günstige ÖPNV-Tarife, wir bauen das Energiesystem der Zukunft, anstatt die saubere Windkraft, wie Sie mit Ihrer unsäglichen 10-H-Regelung, zu verhindern, wir sanieren öffentliche Gebäude energetisch, was übrigens ein richtiger Jobmotor für unser Handwerk ist, und wir legen einen ökologischen Transformationsfonds mit 300 Millionen Euro auf.

(Zuruf)

Damit werden mittelständische Unternehmen in Bayern bei der Ökologisierung ihrer Produkte und Prozesse bestmöglich unterstützt, damit diese den Strukturwandel zu mehr Nachhaltigkeit bewältigen können.

Diese bayerische Klima-Milliarde finanzieren wir aus bayerischen Green Bonds, also staatlichen Anleihen auf dem Markt für grüne Geldanlagen. Damit, und das ist doch das Schöne daran, können sich alle am staatlichen Klimaschutz beteiligen. Wir haben ein Win-win für beide Seiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich mir Ihre Vorschläge anschau, dann muss ich wieder sagen, Sie geben überall ein bisschen Geld hin, aber Sie wagen sich nicht an den Umbau zu mehr

Nachhaltigkeit, und da müssen wir hin. Wir haben das Jahr 2021. Wir haben uns auf das Pariser Klimaabkommen verständigt. Das Pariser Klimaabkommen bedeutet, dass wir an jeder Stelle, an der wir Verantwortung tragen, in allen Sektoren CO₂ reduzieren müssen.

Was machen Sie beispielsweise beim Thema Radverkehr? – Da wollen Sie ganze 2 Millionen Euro für Radschnellwege ausgeben. Kurze Frage an Sie: Sie wollen schon mehr als einen halben Radschnellweg bauen, oder? Wenn Sie das wirklich wollen, dann müssten Sie dort klotzen und nicht kleckern. Wir haben ein Paket von rund 250 Millionen Euro für umweltfreundliche Mobilität, für Radelschnellwege, für den Bau von Radwegen und für Bike-and-Ride-Anlagen geschnürt. So geht der Mobilitätswandel in diesem Land!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns GRÜNE ist klar: Klimaschutz geht nur Hand in Hand mit mehr sozialer Gerechtigkeit. Gerade in der Corona-Krise sehen wir doch wie durch ein Brennglas, wo es überall hakt. Da ist zum einen die kommunale Ebene, die ächzt und stöhnt, weil sie all die Aufgaben und zu wenig Steuereinnahmen hat. Da, finden wir, muss der Freistaat helfen. Wir möchten deswegen 300 Millionen Euro mehr für die Bezirke ausgeben, weil wir wissen, dass die Bezirke entscheidend für soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderung, für eine gute Versorgungsstruktur von älteren Menschen und für Menschen mit psychischen Erkrankungen sind.

Wir finden es als GRÜNE auch falsch, dass Sie die Berufseinstiegsbegleitung für 3.500 Jugendliche mit Förderbedarf nicht weiter fördern wollen. Diese Koalition, meine Damen und Herren, lässt die Träger und die Jugendlichen einfach über die Klinge springen. Unser Antrag, den wir gemeinsam eingebracht haben, ist eine Brücke und eine Lösung für die Jugendlichen, die Träger und die Unternehmen, und ich erwarte da Zustimmung von Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Markus Söder hat es ja schon seit mehreren Jahren zu seinem Spezialgebiet erklärt, dass er gerne Geld über das Land verteilt. Dann kriegt er nämlich hier mal eine nette Pressekonferenz und dort mal ein nettes Pressebildchen. Aber der konkreten Sache hilft es wenig.

Nehmen wir als ein Beispiel die Kitas. Sie lassen sich mit Ihrem 100-Euro-Kita-Beitragszuschuss für alle, auch für Gutverdienerinnen und Gutverdiener, feiern. Aber seien wir doch mal ehrlich: Wenn wir eine gute Kita haben wollen, dann müssen wir doch in die Qualität der Kita investieren, nämlich in einen höheren Personalschlüssel und in eine bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher. Deswegen wollen wir GRÜNE 45 Millionen Euro im nächsten Jahr für mehr Qualität in Kitas ausgeben, anstatt den Beitragszuschuss weiter einkommensunabhängig zu bezahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich auf soziale Berufe schaue, muss ich nicht nur auf Erzieherinnen und Erzieher gucken. Da gucken wir mal auf die Arbeitsbedingungen der anderen Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in unserer Gesellschaft: auf die Pflege. Anstatt die über 400 Millionen Euro für das Pflegegeld an alle auszuschütten, wollen wir GRÜNE in die Pflegeinfrastruktur, in die Ausbildung und in die Digitalisierung investieren. Das hilft dem Pflegefachpersonal, den Pflegenden und den Angehörigen. Gerade in der Corona-Krise sehen wir doch, wie dringend wir diese Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in unserer Gesellschaft brauchen.

Wenn wir schon über Corona reden, dann muss ich hier klar und deutlich sagen: Es ist doch ein Armutszeugnis, dass dieser wunderbare Freistaat oft noch so analog arbeitet. Noch immer fährt man in Bayern von Funkloch zu Funkloch. In vielen Gebieten ist Digitalunterricht nicht richtig möglich, weil die Breitbandverbindung fehlt oder die Leihgeräte immer noch nicht vor Ort sind. Auch Polizistinnen und Polizisten können nicht überall dort, wo es möglich wäre, Homeoffice machen, weil nicht genug Laptops vorhanden sind.

Die Gesundheitsämter haben nach einem Jahr Pandemie endlich eine einheitliche Software, aber sie nutzen sie nicht flächendeckend, weil die entscheidende Schnittstelle fehlt. Sorry; das ist ein Armutszeugnis!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zeigt nämlich vor allem, dass Markus Söder ein blendender Verkäufer ist: Er ist immer auf der Titelseite, immer im Fernsehen und hat immer einen passenden Spruch auf den Lippen. Sieht man sich aber das konkrete Handeln an, ob die Basics der Pandemiebekämpfung stimmen, muss man klar sagen: Sie funktionieren in diesem wunderbaren Freistaat Bayern nicht. Das ist mitten in einer globalen Pandemie fatal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um wieder über Innovationen und Investitionen in Innovationen zu reden: Deswegen legen wir in unserem Haushaltsentwurf einen Schwerpunkt auf Digitalisierung und Innovation. Neben den sinnvollen Investitionen in eine KI-Strategie und mehr Forschung sorgen wir zusätzlich für die Basics, die eigentlich längst laufen sollten, nämlich Glasfaseranschluss in jedem Haus, ausreichend Endgeräte sowie die passende Software und Hardware für eine digitale Verwaltung. Da muss aus grüner Sicht endlich geklotzt und darf nicht weiter gekleckert werden. Es ist einfach nur peinlich, wie Bayern im Jahr 2021 bei der Digitalisierung hinterherhinkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim aktuellen Einzelplan kann man auf jeden Fall feststellen, dass vieles in Bayern nicht so funktioniert, wie wir es gerne hätten. Auf die Eitelkeit von Markus Söder ist aber Verlass: Die Mittel für Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit wurden noch einmal erhöht. Der Ansatz für den Besuch ausländischer Staatsgäste ist fünfmal so hoch wie im Jahr 2018. Ich frage mich die ganze Zeit, wer Sie in der Pandemie denn ständig besucht.

(Zuruf)

Die Ausgaben für Orden und Ehrenzeichen haben Sie gegenüber dem Jahr 2019 mehr als verdoppelt. Immer noch will Markus Söder bei sich mehr Personal: Die Zahl der Planstellen in der Staatskanzlei ist noch einmal um 30 % gestiegen. Ich bin mir sicher, dass die Herren und Damen dort super arbeiten, aber es stellt sich doch schon die Frage, ob es nicht besser wäre, die inhaltliche Arbeit in den Ministerien zu stärken.

(Zuruf)

Das wäre aus grüner Sicht sinnvoll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich schon dabei bin, möchte ich noch ein paar Takte an die CSU-Fraktion richten. Ich weiß, dass Sie gerade damit beschäftigt sind, irgendwie Ihre Korruptionsaffäre in den Griff zu bekommen. Keine Sorge: Wenn Sie unserem Änderungsantrag zustimmen, bekommt die Justiz mehr Personal. Ich finde aber, das entbindet Sie nicht davon, gescheite Haushaltsarbeit zu machen.

Ich stelle fest: Sie haben nur die Fraktionsreserve von 60 Millionen Euro wild verteilt, den Gesamthaushalt aber unangetastet gelassen. Wie immer lassen Sie bei dem Thema die Söder-Regierung machen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich finde es schade; denn das Haushaltsrecht ist eigentlich die Königsdisziplin des Bayerischen Landtags.

An dieser Stelle deshalb ein herzliches Dankeschön an unsere haushaltspolitische Sprecherin Claudia Köhler sowie an Barbara Fuchs, Tim Pargent und Ludwig Hartmann, die für uns auch im Haushaltsausschuss sitzen. Im Gegensatz zu Ihnen zeigen sie, wie detailreiche Parlamentsarbeit auszusehen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Regierungsfaktionen, ich habe mir Ihre Anträge angesehen. Wenn Sie mal einen Antrag stellen, geben Sie 20.000 Euro an den antifeministischen Verein "Forum

Soziale Inklusion". Ich weiß nicht, ob irgendjemand von Ihnen einfach mal gegoogelt und sich diesen Verein angesehen hat; denn dann hätten Sie erkennen können, dass es sich um eine Männerrechtsbewegung handelt, die scheinheilig auf Gleichberechtigung macht, aber eigentlich nur auf mehr Rechte für Männer hinarbeitet und deswegen schon beim Bundesministerium abgeblitzt ist. Diese Gruppe wollen Sie unterstützen? – Aus grüner Sicht geht das gar nicht. Das hat mit dem Kampf für echte Gleichberechtigung nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann geben Sie noch symbolisch 20.000 Euro für den Wiederaufbau der Wave of Hope School im Flüchtlingscamp Kara Tepe auf Lesbos aus. Ich finde das ziemlich kleinlich; denn wenn Sie sich die Lage vor Ort einmal ansehen würden, wüssten Sie genauso gut wie ich, dass 20.000 Euro nicht helfen. Kinder werden dort von Ratten im Zelt angeknabbert. Es gibt keine Heizung. Es gibt kein warmes Wasser. Es wird immer wieder von Selbstmordversuchen berichtet.

Wenn die Staatsregierung wirklich helfen will, sollte sie endlich ein bayerisches Aufnahmeprogramm starten, das die GRÜNEN seit Monaten fordern. Holen Sie die höchst vulnerablen Menschen nach Bayern, denn es gibt so viele Kommunen, die aufnehmen und helfen wollen. Wir haben Platz. 20.000 Euro reichen dort ganz sicher nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anhand dieser Beispiele sehen wir also, dass der Haushalt der Söder-Regierung seinem Namen alle Ehre macht. Er klingt zunächst wichtig; blättert man aber durch die 5.400 Seiten, merkt man schnell, dass der Plan fehlt: Die Investitionen in die Zukunftsfähigkeit Bayerns, in die Infrastruktur, in den Klimaschutz sind mau.

Noch ist es aber nicht zu spät, denn wir führen jetzt drei Tage lang die Debatte. Sie können gerne unseren Änderungsanträgen für die Klimamilliarde und unsere Zu-

kunftsstrategie zustimmen; dann kann das noch etwas werden. Ich bin davon überzeugt: Wenn die Gesellschaft über sich hinauswächst, muss es auch diese Regierung tun. Dieser wunderbare Freistaat hat es verdient, besser regiert zu werden.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht nun der Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was haben wir gerade gehört? – Der Bayerische Ministerpräsident sei ein Leichtgewicht. Frau Kollegin Schulze, ich sage Ihnen: Sie waren heute im wahrsten Sinne des Wortes kurzatmig, und zwar nicht nur aufgrund Ihrer Intonation, sondern auch aufgrund der Inhalte, die Sie hier zum Besten gegeben haben. Sie behaupten, dass die GRÜNEN eine Zukunftspartei wären. Dazu kann ich Ihnen sagen: Ich kann mir etwas Besseres vorstellen als eine Zukunft mit Verbot und Verzicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Am Anfang einer jeden Haushaltsrede steht bei mir etwas, was Sie langweilig finden werden, ich aber für notwendig halte, nämlich der Dank an die vielen Menschen und Unternehmen in Bayern, die Steuern zahlen und dazu beitragen, dass wir in Bayern das Geld zielgerichtet ausgeben können, also so, wie wir es für richtig halten.

An dieser Stelle darf ich einen weiteren Dank an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier, an den Finanzminister Albert Füracker und an alle Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss richten, die in den letzten Wochen engagiert gearbeitet haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Im Gegensatz zu Ihnen, Frau Kollegin Schulze, unterliege ich nicht der Hybris zu behaupten, dass alles, was wir in den Haushalt geschrieben haben, beantragt haben und mit Mehrheit beschließen werden, der Weisheit letzter Schluss ist.

(Zuruf)

Selbstverständlich gibt es Anträge der GRÜNEN, der SPD, der Oppositionsfraktionen, die durchaus bedenkenswert sind. Ich weiß aus Oppositionszeiten, dass es frustrierend ist, wenn die Anträge abgelehnt werden, aber sie sind nicht vergeblich, sondern die Diskussionsgrundlage für die Zukunft. Auf dieser Basis müssen wir selbstverständlich darüber nachdenken, ob das eine oder andere, das aus Ihren Reihen kommt, bedenkenswert für die Zukunft ist. Deswegen danke ich auch für alle Oppositionsanträge, weil sie die parlamentarische Debatte und unsere Diskussion bereichern. Sie machen die Entscheidungen dieses Hauses insgesamt besser.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Jetzt möchte ich mich an den Finanzminister wenden, beginne allerdings mit dem Ministerpräsidenten, der ein gutes Gespür für eine sinnvolle Karriereplanung hat; er hat nämlich rechtzeitig das Amt des Finanzministers gegen dasjenige des Ministerpräsidenten eingetauscht. In dieser Pandemie ist es kein Vergnügen, Finanzminister zu sein, sondern eine ganz herausfordernde und sehr schwere Aufgabe.

Ich bin der Meinung, lieber Albert Füracker: Es ist dir hervorragend gelungen, den Haushalt aufzustellen, vorzustellen und ihn mit uns zu diskutieren, um ihn in den anstehenden drei Tagen zur Vollendung zu bringen, sprich: zu einer Mehrheit im Parlament. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Letztes noch: Wenn die Regierung Ausgaben tätigt, höre ich von der Opposition immer wieder, es handle sich um Geschenke. Sie können sagen, was Sie wollen; Sie sollten sich aber über die Wirkung im Klaren sein, wenn Sie sagen, die Eigenheimzu-

lage ist ein Geschenk oder gar ein Wahlgeschenk. Wenn Sie uns damit meinen: Uns können Sie damit nicht treffen. Sie treffen aber diejenigen, die diese Eigenheimzulage in Anspruch nehmen, die sie benötigen, die damit ein Eigenheim errichten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Haushalt heißt auch Steuerrecht. Gestatten Sie mir deshalb zwei, drei Sätze zu diesem Punkt. Dies wird ja im Bundestagswahlkampf und ab dem Herbst, wenn sich eine neue Regierung, unter welchen Vorzeichen auch immer, bildet, ein zentrales Thema sein. Es stimmt eben nicht, dass höhere Steuern gleich mehr Steuereinnahmen gleich mehr Gerechtigkeit bedeuten – das Gegenteil ist der Fall. Ich sage das jetzt ungern: Der letzte Kanzler, der eine große Steuersenkung vorgenommen hat, war Gerhard Schröder. Ich glaube, dass er damit zumindest nicht ganz falsch lag. Steuererhöhungen sind Gift für die Wirtschaft, Gift für die Konjunktur, Gift für die Leistungsträger, Gift für uns alle und bedeuten am Ende, dass wir weniger Geld zur Verfügung haben, um wichtige Dinge in der Gesellschaft zu richten, zu reparieren, anzuschieben und zu initiieren. Dies ist aber dringend notwendig, wenn wir Bayern zukunftsfähig halten wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ein zentraler Schwerpunkt ist die Generierung dauerhafter Einnahmen. Dies bedingt eine starke Wirtschaft. Deswegen war es richtig, dass diese Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN, an der Spitze mit Markus Söder und Hubert Aiwanger, die Hightech Agenda ins Leben gerufen hat. Zu einer Zeit, als wir noch nicht von einer Pandemie gesprochen haben, haben wir schon vorausgedacht. Dies zeichnet uns aus. Wir haben eine Hightech Agenda ins Leben gerufen, während andere auf die Straße gegangen sind und die ältere Generation mit Sprüchen beschimpft haben wie: Wir sind jung, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut. – Diejenigen haben auf unsere Väter und Großväter gezeigt und haben gesagt: Ihr habt unsere Welt ruiniert. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Unsere Väter und Großväter, unsere Mütter und Großmütter

haben dieses Land aufgebaut und haben dazu beigetragen, dass wir jetzt die Grundlage haben, um diese Pandemie zu überwinden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich sage aber auch ganz deutlich: Wir müssen aus dieser Pandemie schnell herauskommen; denn jede Woche, die wir im Lockdown verharren, ist eine Gefahr für die Wirtschaft und für die Gesellschaft. Impfen und Testen – das sind die Gebote der Zukunft, der nächsten Wochen und nächsten Tage. Ich appelliere an die Bundesregierung und an diejenigen, die in Berlin Verantwortung tragen: Das muss schneller gehen; das muss dynamischer gehen. Das kann nicht so lang dauern. Wir verheddern uns in Bürokratie. Wir begehen hausgemachte Fehler. Das darf nicht sein. Ich sage es ganz deutlich: Die Menschen draußen zeigen hohe Akzeptanz und haben großes Verständnis dafür, was wir in der Vergangenheit gemacht haben, und sie haben uns auch den einen oder anderen Fehler verzeihen. Wir stehen jetzt aber wirklich vor einer Bewährungsprobe. Wir müssen jetzt in die Gänge kommen; ansonsten verlieren wir die gesellschaftliche Akzeptanz. Ohne gesellschaftliche Akzeptanz werden wir keine Politik betreiben können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb müssen wir alle miteinander im Bereich Impfen, im Bereich Testen und in der medizinischen Versorgung mit Dynamik ansetzen. Mit Klaus Holetschek haben wir einen engagierten Minister. Klaus Holetschek weiß, welche Möglichkeiten, welche Chancen, welche Aufgaben er hat. Er wird diese Aufgaben in den nächsten Wochen befriedigend und zufriedenstellend lösen, vorausgesetzt, er bekommt aus Berlin die entsprechenden Vorgaben und die entsprechenden Möglichkeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Aufgabe heute ist es, den Haushalt zu verabschieden, einen Zukunftshaushalt, einen Haushalt, der Bayern gut in die Zukunft führt. Wir brauchen das Wirtschaftssystem nicht umzubauen, wir müssen es aber fit für die Zukunft machen. Dazu gehört ganz zentral die Hightech Agenda. Dazu gehört aber

auch, dass wir zu unserer traditionellen Wirtschaft stehen und die Automobilindustrie nicht verteufeln, den Verbrenner nicht aus ideologischen Gründen verteufeln, nur weil man es gern anders hätte. Ganz ehrlich: Ein wenig Träumerei ist ja ganz recht, Frau Kollegin Schulze. Ich habe gehört, dass Sie gesagt haben: Wir sorgen in Bayern dafür, dass. – Na ja, vielleicht haben Sie den Mund sehr voll genommen. Momentan sind Sie in der Opposition und können Ratschläge geben; dafür sorgen, dass es in Bayern gut läuft, tun aber die Regierungsfaktionen aus FREIEN WÄHLERN und CSU.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir sorgen dafür, dass es der Wirtschaft gut geht. Wir sorgen dafür, dass die Infrastruktur insbesondere in den Regionen geschaffen wird. Ich weiß: Als wir in den Landtag kamen, haben wir noch andere Diskussionen geführt. Inzwischen sind wir uns in den Regierungsfaktionen ganz klar einig: Regionalität ist eine der großen Chancen, eine der großen Trumpfkarten des Freistaates. Wir sind eben nicht nur im Zentrum, in München stark, sondern auch in allen Regionen Bayerns, in Franken, in Schwaben, in Altbayern. Wir sind stark. Wir müssen aber auch etwas dafür tun. Deswegen investieren wir in Infrastruktur, in Verkehrsinfrastruktur. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, ja, wir investieren auch in die Straße; denn der ÖPNV fährt nun einmal auf der Straße, und auch der Individualverkehr ist wichtig, wenn wir nicht wollen, dass alles in den Großraum München zieht und dadurch noch mehr Probleme entstehen. Wir stehen für ganz Bayern. Wir FREIEN WÄHLER stehen für Regionalität, seit wir hier im Landtag sind, und diese Regierungskoalition lebt das auch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ja, Frau Schulze, Breitbandausbau ist ein Thema; das ist richtig. Da müssen wir besser werden – überhaupt keine Frage. Deswegen habe ich nicht ganz verstanden, dass man bei irgendwelchen Problemen mit Internet-Plattformen einem Kultusminister kurzzeitig die Schuld für Dinge in die Schuhe schieben will, die überall in Bayern und übrigens in ganz Deutschland nicht so laufen, wie sie anderswo laufen, weil wir insgesamt

Nachholbedarf haben. Das müssen wir auch angehen. Wir können uns nicht hinstellen und sagen, dass alles perfekt läuft; denn dann würden wir uns selbst überflüssig machen. – Nein, wir müssen selbstverständlich dort ansetzen, wo es notwendig ist. Der Breitbandausbau ist ganz sicher ein wichtiges Thema.

Ein wesentliches Thema ist auch die innere Sicherheit. Sie kommt mir in dieser Pandemie offen gestanden zu kurz. Deswegen an dieser Stelle auch ein ganz besonderer Dank an alle Sicherheitskräfte, die Polizei, aber auch an die innere Verwaltung, die meist ein gewisses Schattendasein führt. Auch sie hat einen wesentlichen Anteil daran, dass es in der Pandemie sehr gut geklappt hat. Wir investieren hier in mehr Personal. Wir wertschätzen unsere Polizei; wir wertschätzen unsere Sicherheitsbehörden. Wir sehen sie als sehr wichtig und sehr notwendig an. Ich glaube, dass das ein zentraler Punkt, ein Schwerpunkt bayerischer Politik war und ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir den Haushalt der Staatskanzlei diskutieren, müssen wir aber auf jeden Fall auch noch auf etwas eingehen, nämlich auf Bayern und seine internationalen Beziehungen. Hier nehme ich, Herr Staatsminister Dr. Herrmann, exemplarisch das Verhältnis Bayern – Tschechien in den Blick. Hier haben wir in Bayern Vorbildliches geleistet. Wir haben hier eine riesige Chance, die wir weiterentwickeln müssen. Ich durfte bei der Eröffnung der bayerischen Vertretung am 4. Dezember 2014 in Prag dabei sein. Das war ein bewegender Moment für alle diejenigen, die erlebt haben, dass es in der Nachbarschaft zwischen Bayern und Tschechien, verursacht durch den Nationalsozialismus und das Vertreibungsunrecht, jahrzehntelang geknirscht hat. Es gab einen ganz besonders Eisernen Vorhang.

Ich bin sehr dankbar dafür – dafür danke ich ganz persönlich auch dem früheren Ministerpräsidenten Horst Seehofer, der sehr viel Anteil daran hat –, dass wir jetzt mit unseren tschechischen Nachbarn ein gutes und ausbaufähiges Verhältnis haben, das auf eine echte Freundschaft, auf wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen sowie auf

zwischenmenschliche Beziehung gerichtet ist. Das ist eine tolle Chance, die Bayern hier ergriffen hat und die sich in der Zukunft auch noch auszahlen wird.

Auch hier stehen wir, was die Verkehrsverbindungen betrifft, natürlich im Wort. Der Kollege Gotthardt ist sehr eifrig unterwegs, auch was die Zugverbindungen betrifft. Ich nenne nur das Stichwort "Wasserstoffzug München – Prag". Hier haben wir Chancen, die wir ergreifen müssen. Auch das gehört zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein wichtiger Punkt in dieser Krise ist auch der Zusammenhalt in der Gesellschaft. Dieser fällt nicht vom Himmel. Er ist natürlich auch einer guten Bildungslandschaft im Freistaat Bayern und einer Willkommenskultur geschuldet. Das sage ich jetzt an dieser Stelle auch in Richtung der Kollegen von der AfD. Es macht keinen Sinn, irgendwelche Anträge zu stellen, dass man kein Geld mehr für die Integration von Flüchtlingen, von Migranten ausgibt. Warum denn? – Das genaue Gegenteil ist doch der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in einer Sitzung, ich glaube, 15 Stunden lang, die ganze Nacht über ein Integrationsgesetz – Sie haben es "Leitkulturgesetz" genannt – debattiert. Ich glaube, die Debatte war theoretischer Natur. Der Freistaat Bayern hat etwas für die Integration getan. Die Menschen sind integriert. Der eine oder andere ist schon ein Leistungsträger in dieser Gesellschaft geworden. Sie sind Bestandteil unserer Gesellschaft. Das ist sehr positiv, sehr erfreulich und sehr gut. Es ist völlig daneben und völlig verfehlt, wenn man sagt: Da streichen wir das Geld. – Denn Sie erreichen dann das genaue Gegenteil von dem, was Sie möglicherweise, wenn ich Ihnen wohl will, wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich mit einem Appell schließen. Wir müssen uns auch um das Ehrenamt kümmern. Dies haben wir in diesem Haushalt entsprechend abgebildet; denn auch das Ehrenamt führt dazu, dass diese Gesellschaft zusammenhält – Menschen, die die Ärmel hochkrempeln und die sich nicht nur um sich selbst, sondern auch um andere

sorgen. Ich finde es großartig, was wir hier in Bayern für eine Kultur haben. Diese Kultur ist auch maßgeblich geprägt von den Menschen im Ehrenamt, die sehr viel Freizeit und sehr viel Idealismus in etwas einbringen, von dem wir alle profitieren. Meine Hoffnung ist, dass wir möglichst bald, möglichst schon im Sommer auch wieder real zusammenkommen und das genießen können, was die Ehrenamtlichen – ich nenne als Beispiele jetzt nur den Sport, die Kultur und die Musik – für uns leisten und für uns gestalten.

Mit dieser Hoffnung möchte ich auch die Hoffnung verbinden, dass Sie den einzelnen Haushalten und am Ende dem Haushalt des Freistaats Bayern des Bayerischen Landtags Ihre Zustimmung geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es liegt der Wunsch nach einer Zwischenbemerkung des Kollegen Fischbach vor, dem ich das Wort erteile.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Pohl, ich würde Ihnen jetzt gerne zu Ihrer neuen Stelle als stellvertretender Fraktionsvorsitzender gratulieren. Ich bin mir nur nicht ganz sicher, nachdem Sie jetzt mit Ihrem Wortbeitrag Ihren kompletten parlamentarischen Gestaltungsauftrag mehr oder weniger negiert haben, ob das überhaupt noch für eine Gratulation reicht. Aber ich möchte Sie trotzdem zu der neuen Rolle beglückwünschen und hoffe, dass Sie sie stärker wahrnehmen, als Sie das gerade geäußert haben.

Sie haben gesagt, die Anträge, die die Fraktionen einbringen, könnte man in der Zukunft, später einmal aufnehmen. Entschuldigung, wir als Parlament haben den Gestaltungsanspruch, auch die Haushaltshoheit wahrzunehmen. Gerade bei der Berufseinstiegsbegleitung geht es nur um 2,17 Millionen Euro. Das ist ein kleiner Betrag, aber er bedeutet für 3.500 Jugendliche die Zukunft. Wenn Ihnen die Zukunft wichtig ist, dann sollten Sie Ihre Rolle und Ihre Fraktion ernst nehmen und sich keine Sorgen um uns

machen. Machen Sie sich lieber Sorgen um den Gestaltungsanspruch als Parlamentsfraktion.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege Fischbach, das Thema BerEb haben wir im letzten Ausschuss ausgiebig besprochen. Ich habe Ihnen damals gesagt: Es kann nicht angehen, dass Sie kurz vor knapp noch so einen Antrag hinwerfen. – Sie haben dieses Thema bei den Beratungen des Einzelplans nicht gebracht. Ich habe Ihnen auch gesagt – der Kollege Zellmeier hat es Ihnen ebenfalls gesagt –, dass wir diese Problematik lösen werden. Wir haben auch mit den Stimmen der FDP einen Auftrag an die Staatsregierung gerichtet. Diesen Auftrag wird die Staatsregierung wahrnehmen. Ich denke, das werden wir hinbekommen.

Ihre Gratulation nehme ich mit Dank entgegen. Ich würde mich freuen, wenn Sie im Haushaltsausschuss auch einmal solche Beratungen mitbekämen. Dann würden Sie sich diese Frage nämlich sparen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Eine zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Christoph Maier.

Christoph Maier (AfD): Herr Kollege Pohl, Sie haben davon gesprochen, dass wir in Bayern eine besondere Form der Willkommenskultur hätten und die Integration bei uns dank der Leistungen der Bayerischen Staatsregierung und natürlich unter Beteiligung der FREIEN WÄHLER so gut gelungen sei. Das, was Sie hier aussprechen, ist schon ein Hohn.

Tatsache ist, dass die Bürger in Deutschland, insbesondere in Kaufbeuren, Ihre Form der Willkommenskultur nicht mögen. Im Juli 2018 fand in Kaufbeuren ein Bürgerentscheid zu der Frage statt, ob dort eine Moschee errichtet werden soll. Knapp 60 % der Kaufbeurer haben diesen Moscheebau abgelehnt. Meine Frage an Sie ist: In welcher Welt leben Sie eigentlich, wenn Sie von Willkommenskultur und gut gelungener Inte-

gration sprechen, wenn doch eine Mehrheit der Deutschen und auch die Mehrheit der Bürger in Kaufbeuren diese Form der Willkommenskultur und der Islamisierung nicht wollen?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Maier, Sie sollten eigentlich mit Abstimmungsniederlagen umgehen können. Ich stehe dazu: Ich habe mich sehr engagiert für diese Moschee eingesetzt. Wir haben keine Mehrheit bekommen. Die Mehrheit hat das anders gesehen. Ob das allerdings darauf zurückzuführen ist, dass die Menschen in Kaufbeuren keine Moschee wollen, wage ich zu bezweifeln. Wir haben zwei islamische Gemeinden, die sehr aktiv sind und Gebetsräume haben. Ich bedauere nach wie vor, dass es nicht zu dem Moscheebau gekommen ist. Aber Mehrheiten muss man akzeptieren. Ich werde das tun. Die Menschen in Kaufbeuren werden das tun. Wenn ich meine letzten Wahlergebnisse anschau, dann muss ich sagen, dass ich insgesamt politisch nicht ganz so schlecht liege.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Kollege. – Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Ferdinand Mang für die AfD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Ganz besonders grüße ich den schwarzen Klüngel unserer moralisch ach so integren CSU. In dieser Debatte geht es zum letzten Mal um den Haushaltsplan 2021. Wir haben im Haushaltsausschuss unsere Kritik vorgebracht und konstruktive Vorschläge eingebracht – freilich vergebens. Diese Debatte wird hieran nichts ändern. Die autokratische Regierung Söder hat ihre Entscheidung längst gefällt. Die Zuckerstückchen aus der Fraktionsreserve wurden auch schon verteilt. Dazu werde ich übermorgen noch sprechen.

In dieser Debatte geht es um den Einzelplan zur Staatskanzlei. Das ist der königliche Bunker von Herrn Ministerpräsident Söder. Den dazugehörigen Hofstaat hat Herr Söder noch einmal fürstlich aufstocken lassen. Für Herrn Söder ist es auch in Zeiten höchster wirtschaftlicher Not, in der draußen Millionen Menschen um ihre wirtschaftliche Existenz bangen, in der Hunderttausende fleißige und mutige Unternehmer vor dem wirtschaftlichen Ruin stehen, selbstverständlich, dass seine Majestät den königlichen Hofstaat erneut aufbläht, frei nach dem Motto: Das Volk hat kein Brot und hungert, dann soll es doch Kuchen essen.

Geld ist aus Sicht von Herrn Söder schließlich genügend vorhanden. Man muss es nur aus dem Bürger herauspressen oder einfach noch ein paar Milliarden auf den Schuldenberg draufpacken. Im königlichen Bunker erntet Herr Söder für diese Entscheidung gewiss frenetischen Applaus. Auf diese völlig außer Kontrolle geratene Schuldenorgie werde ich ebenfalls übermorgen zu sprechen kommen.

Das aber vorneweg: Wissen Sie, was bei dieser Thematik der Unterschied zwischen Herrn Söder und König Ludwig II. ist? – Als man König Ludwig gestürzt hat, hat er für alle folgenden Generationen wunderschöne Schlösser hinterlassen, während bei Herrn Söder ein Trümmerfeld übrig bleiben wird.

(Beifall bei der AfD)

Während die Familie von König Ludwig II. sämtliche Schulden für den Schlösserbau an die Staatskasse zurückbezahlt hat, wird für Söders Schuldenwahn das Volk über viele Generationen aufkommen müssen. Sein Beiname wird vermutlich einmal "der große Zerstörer" lauten.

Konsequent haben Sie den Jugendaustausch kräftig gekürzt. Wo kämen wir denn hin, wenn Jugendliche im Ausland Alternativen zu Ihrer Lockdown-Politik kennenlernen würden? Schließlich muss nach Expertenrat, den Herr Söder auch so gerne befolgt, unsere Jugend in Angst und Schrecken gehalten werden. Kritik an dieser Politik stuft

der Chef des bayerischen Verfassungsschutzes gerne einmal als verfassungsfeindlich ein.

Bei diesem Stichwort kommen wir nun zum unangenehmen Teil der Rede. Nachdem ich den schwarzen Klüngel der CSU anfangs schon begrüßt habe, werde ich darauf auch eingehen. Mir geht es dabei nicht um die im Raum stehenden Straftaten, wie zum Beispiel die Straftat nach § 108e StGB, um die Bestechlichkeit von Mandatsträgern, auf die bis zu fünf Jahre Freiheitsstrafe steht. Ich respektiere die in Deutschland geltende Unschuldsvermutung. Mir geht es darum, dass es Abgeordnete gibt, die aus purer Gier den Hals nicht vollbekommen. Wir Landtagsabgeordnete werden wahrlich nicht schlecht bezahlt. Manchem scheint es aber nicht zu reichen. Nein, dann muss noch eine Extrawurst her. Man möchte noch ein zusätzliches G'schäftlerl machen, aber – pst! – nur nicht laut darüber reden. So kann man sich als Abgeordneter der CSU die Taschen mit Steuergeldern noch voller stopfen.

Jetzt soll aber alles transparent werden, und solche Geschäfte sollen laut Herrn Söder nicht mehr möglich sein. Er hat nun einen neuen Verhaltenskodex als neues Wundermittel gegen die traditionelle Vetternwirtschaft in der CSU propagiert. Glaubt man der Berichterstattung von "Monitor", gilt dieser Kodex erstaunlicherweise aber nur für Abgeordnete in höheren Positionen, also nicht für den Großteil der Abgeordneten der CSU-Fraktion. Das bedeutet nichts anderes, als dass die leisen Strippenzieher nach wie vor ihren Geschäften im Hintergrund nachgehen können.

Das zeigt, dass auch die jetzigen Skandale zu keiner Einsicht geführt haben. Im Gegenteil, Herr Söder streut der Bevölkerung wieder Sand in die Augen. Wenn jemand das Vertrauen in die demokratischen Strukturen zertrümmert, ist es der schwarze Filz der CSU mit ihrer mittlerweile langen Tradition von gebrochenen Wahlversprechen und Korruptionsskandalen. Das ist die einzige Tradition, mit der die CSU sehr traditionsverbunden ist.

(Beifall bei der AfD)

Wenn wir schon beim Thema fragwürdige Geldflüsse sind, muss ich feststellen: Ich habe mich immer gewundert, weshalb die CSU unter Herrn Söder alles auf die Energiewende und die E-Mobilität setzt, Milliarden nicht nur sinnlos zum Fenster hinauswirft, sondern auch dem Rückgrat unserer Wirtschaft, der herkömmlichen Automobil- und deren Zulieferindustrie, das Genick brechen würde.

Dann hat die Antwort auf eine Anfrage unserer Fraktionsvorsitzenden, Frau Ebner-Steiner, bestätigt, dass die Baumüller Nürnberg GmbH für die Entwicklung der E-Mobilität Zuwendungen von über 680.000 Euro erhalten hat. Ich habe mich bei diesem Haushalt auch gefragt, weshalb wir kostbares Steuergeld in E-Busse investieren, die im Winter unbrauchbar und wirtschaftlich nicht rentabel sind. Dabei habe ich mir auch die Website der Baumüller-Gruppe angesehen, und siehe da: Diese Firma bietet doch tatsächlich E-Busse und anderen E-Mobilitätsschrott an.

Ich sage es wieder: Das wirft Fragen auf; Fragen, die aber eine volksferne Regierung nicht interessieren. Bezeichnend ist auch, dass der Herr Ministerpräsident bei dieser Debatte nicht anwesend ist. Seitdem wir wissen, dass uns Herr Söder mit einem Oster-Lockdown beglückt, bin ich gespannt, wie lange es dauert, bis wir den nächsten Nachtragshaushalt verabschieden müssen, weil das Geld erneut nicht reichen wird und Herr Söder noch weitere Generationen in seinen Schuldenturm einsperren wird.

Ich fasse zusammen: Dieser Haushalt ist Lobbyarbeit für die internationalen Konzerne ohne Nachhaltigkeit, ein Schuldenfiasko für viele, viele Generationen, eine Anbiederung der CSU und der FREIEN WÄHLER an die Ideologie der GRÜNEN und zuletzt ein weiterer schwerer Sargnagel für unseren verblassenden Wohlstand. Möge Herr Söder wie das Sandmännchen auch noch so viel Schlafsand streuen, wir, die AfD-Fraktion, werden diesen der Bevölkerung aus den Augen wischen und ihr reinen Wein einschenken. Verlassen Sie sich darauf.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die übertriebenen Corona-Beschränkungen beendet werden müssen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter. – Als nächsten Redner darf ich den Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Arnold, aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Arnold.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur AfD: Bevor Sie Sand aus den Augen wischen, sind es die Tränen, die das, was Sie an Pauschalismen verbreiten, herauswaschen. Diese Pauschalismen sind nämlich wirklich zum Weinen und dienen nicht einer sachlichen Debatte über diesen Haushalt.

Der Staatshaushalt 2021 ist ein besonderer und denkwürdiger Haushalt. Das ist uns allen klar. Er ist ein Krisenhaushalt in einer Krisensituation. Deshalb ist es richtig und notwendig, dass die Bekämpfung der Corona-Pandemie, aber auch die Abmilderung ihrer Folgen die Haushalts- und Finanzpolitik dieses Freistaates bestimmen. Wir, die SPD-Landtagsfraktion, tragen den Kurs, entschieden gegen die Pandemie und deren Folgen vorzugehen, zumindest dem Grunde nach mit.

Herr König, eine Anmerkung am Rande. Sie haben gesagt: Auf die CSU ist Verlass. Meinen Sie die alte oder die neue?

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD)

Bayern muss alles tun, um diese schwierige Situation zu überwinden und Unternehmen, selbstständige Existenzen und Arbeitsplätze zu erhalten. Bayern muss aber auch die bereits jetzt zu verzeichnenden Kollateralschäden in der Bevölkerung in den Griff bekommen und eindämmen. Wie notwendig dies alles ist, wird uns gerade in diesen Tagen angesichts der dritten Infektionswelle noch einmal deutlichst vor Augen geführt.

Auch in der Haushaltspolitik gilt daher: Wir müssen Zusammenhalt sichern, Zuversicht schaffen und Zukunft ermöglichen. Wohlgemerkt: Zukunft und nicht nur Gegenwart! Wenn wir uns darauf beschränken, vornehmlich akute Notsituationen zu lindern – als

Stichwort sage ich: auf Sicht fahren –, wird es uns nicht gelingen, diese Krise nachhaltig hinter uns zu lassen und die nötigen Impulse zu setzen.

Meine Damen, meine Herren, der aktuell vorliegende Haushaltsplan verträgt deshalb deutlich mehr Mut, Innovation und Perspektive.

(Beifall bei der SPD)

Das ist bedauerlich, denn wir, die SPD-Fraktion, haben in den vergangenen Wochen, als dieser Haushaltsplan beraten wurde, mit unseren Änderungsanträgen ganz konkrete Wege aufgezeigt. Es ist keine Floskel: Das ist politisch notwendig, denn die Krise birgt Chancen, und diese Chancen müssen wir mit diesem Haushalt nutzen. Deswegen sagen wir: Krisenhaushalt – Ja, notwendigerweise aber auch ein Haushalt mit Perspektive, mit einem sozial gerechten Pfad in die Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Daran mangelt es nach den Ausschussberatungen noch immer. Vier Punkte sind uns dabei besonders wichtig:

Erstens. Mobilität für alle, umweltgerecht und klimaschützend.

Zweitens. Bildungsmöglichkeiten auf der Höhe der Zeit, gerecht und digital.

Drittens. Eine soziale Infrastruktur, auf die sich jede und jeder verlassen kann, mit bezahlbarem Wohnraum und einer Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Ein Modernisierungsschub in der öffentlichen Gesundheitsversorgung.

Meine Kollegen Harald Güller und Florian Ritter haben für die SPD-Fraktion im Haushaltsausschuss von Anfang an deutlich gemacht, dass es fatal wäre, die damit verbundenen Potenziale einfach liegen zu lassen. Das wäre fatal für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, aber auch fatal für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Ich nenne

das Beispiel Digitalisierung. Das ist nicht nur allgemein ein Megathema, sondern auch ein wichtiges Thema für das ganze Land und die Zukunft. Die Corona-Krise hat die Schwächen und Mängel in diesem Bereich schonungslos offengelegt, in den Schulen, an den Universitäten, in den Gesundheitsämtern, in den Verwaltungen, im Homeoffice und, bereichsübergreifend, im ländlichen Raum.

Die SPD-Landtagsfraktion hat daher bei den Haushaltsberatungen, aber auch weit vorher, entsprechende Initiativen eingebracht. Das war auch bei den vergangenen Haushalten der Fall. Seitdem haben sich die Versäumnisse der Staatsregierung leider mehr und mehr aufgestaut. Dazu drei Beispiele:

Erstens. Die Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen hängen gerade in Bayern leider immer noch sehr stark vom wirtschaftlichen Status des Elternhauses ab. Dies setzt sich bei der digitalen Bildung schmerzlich fort. Deshalb ist eine Ausweitung der Lernmittelfreiheit auf digitale Endgeräte und die Software dringend notwendig. Ich sage "totale Lernmittelfreiheit". Das bedeutet, dass jede Schülerin und jeder Schüler sowie jede Lehrkraft über ein eigenes Endgerät verfügen muss, das auch beispielbar ist.

Zweitens. Der digitale Lebensalltag von Kindern und Jugendlichen beschränkt sich nicht nur auf die Schule. Daher fordern wir mit einem weiteren Änderungsantrag einen Digitalisierungsfonds für die Jugendarbeit.

Die jüngsten veröffentlichten Studien zur Befindlichkeit von Kindern und Jugendlichen, bezogen auf ihre Gedanken- und Gefühlswelt, und die darin zu Tage getretenen Notlagen geben dazu dringendste Veranlassung; denn digitale Formate haben im Zuge der Corona-Pandemie auch für die Jugendarbeit in Bayern enorm an Bedeutung gewonnen. Die Jugendorganisationen haben oft mit viel Einsatz und in sehr kurzer Zeit digitale Angebote möglich gemacht. Allerdings ist die digitale Infrastruktur, beispielsweise WLAN-Kapazitäten und die Ausstattung mit digitalen Endgeräten, nicht flächende-

ckend vorhanden, gerade im ländlichen Raum. Daher unser wichtiger und dringender Vorschlag eines Digitalisierungsfonds.

Ein drittes Beispiel, die Arbeitswelt. Hier fordern wir ebenfalls in einem eigenen Änderungsantrag eine Homeoffice-Strategie 2021, hinterlegt mit Haushaltsmitteln, die den Digitalbonus ergänzen. Das Programm soll dem Aufbau und der Stärkung von Homeoffice-Arbeitsplätzen gerade in kleinen und mittleren Unternehmen sowie im öffentlichen Dienst dienen. Auch Zuschüsse für Soft- und Hardwareanschaffungen sowie für vernetztes Arbeiten könnten aus diesem Programm bewilligt werden. Diese Homeoffice-Strategie 2021 ist im Übrigen ein typisches Beispiel dafür, wohin wir als SPD-Landtagsfraktion mit diesem Haushalt wollen; denn ein solches Programm leistet nicht nur einen unmittelbaren Beitrag zur Krisenbekämpfung, nein, diese Mittelbereitstellung für verbessertes Distanzarbeiten ist auch eine nachhaltige Investition in die Digitalisierung der bayerischen Wirtschaft und der Infrastruktur.

(Beifall bei der SPD)

Kurzum: Krise bekämpfen plus gerechte und nachhaltige Perspektiven schaffen, das muss in diesem Haushalt die Losung sein. Das gilt auch für weitere Themen, die ich eingangs erwähnt habe. So steht das Thema "bezahlbares Wohnen" nach wie vor auf unserer Agenda ganz oben. Der Bedarf steigt immer weiter. Der aktuelle Bewilligungsrahmen von etwa 660 Millionen Euro von Bundes- und Landesmitteln reicht keineswegs aus. Deswegen haben wir eine ganze Reihe von Initiativen ergriffen, beispielsweise für den gemeinwohlorientierten Bau von Wohnraum in Bayern, für besseres Bauen nach Corona, für Beschäftigtenwohnungen bei allen staatlichen Wohngebäuden und für einen Fonds für sicheres Wohnen in Bayern.

Sie werden jetzt sagen: Das sind Haushaltsmittel für den Wohnungsbau. In der Vergangenheit waren diese Mittel viel geringer, als sie es aktuell sind. – Ja, das stimmt schon. Man darf aber nicht verschweigen, dass es die CSU im Jahr 2017 war, damals noch in der Alleinregierung, die die Landesmittel für den Wohnungsbau halbiert hat.

Die Wahrheit ist: Die bayerischen Mittel und Anstrengungen reichen seit Jahren nicht ansatzweise aus. Noch einmal ganz deutlich: Es genügt einfach nicht, vom jahrelangen Tiefschlaf in einen leichten Dämmerzustand zu wechseln und dafür auch noch Applaus zu erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Begehen Sie bitte nicht den Fehler, die soziale Dimension bezahlbaren Wohnraums weiterhin zu unterschätzen. Das Gleiche gilt für das Thema Mobilität. Für uns ist klar: Mobilität ist Teilhabe. Corona hat den so dringend notwendigen Vormarsch des öffentlichen Personennahverkehrs leider ein ganzes Stück ausgebremst. Umso mehr gilt hier: Wir müssen jetzt die richtigen Weichen stellen, um die Mobilität für die Zukunft sicherzustellen, und zwar klimafreundlich und sozial gerecht. Deshalb haben wir ein 365-Euro-Ticket für alle jungen Menschen in Bayern jetzt und den Einstieg in ein 365-Euro-Ticket für alle gefordert. Darüber hinaus fordern wir ein kostenloses Ticket für Schülerinnen, Schüler, Azubis und Studierende.

Wir nehmen aber auch andere Personengruppen in den Blick, nämlich die Seniorinnen und Senioren sowie die finanziell Bedürftigen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, ich muss mich wundern: Unsere Forderungen nach einem kostenlosen Ticket für Seniorinnen und Senioren und einem kostenlosen Sozialticket für Bedürftige haben Sie in den Ausschussberatungen geradezu achselzuckend kommentiert und sich schließlich enthalten. Ist das ernsthaft Ihre Vorstellung von fairer Mobilität? Der ÖPNV soll nur für diejenigen sein, die es sich leisten können? – An einem solchen Abstimmungsverhalten wird deutlich, wer wirklich ein soziales Profil in der Politik hat und wer ein solches nur vorschützt, weil er das Thema gerade erst entdeckt hat.

(Beifall bei der SPD)

Soziale Perspektiven zu schaffen, ist nicht zum Nulltarif möglich. Wir sind uns dessen bewusst. Aber gerade in der jetzigen Situation ist das definitiv gut investiertes Geld.

Deswegen halten wir auch die staatliche Schuldenaufnahme für gerechtfertigt; denn die Erfahrung und die Geschichte zeigen: Aus einer ökonomischen Krise kann sich eine Volkswirtschaft nicht herausparen; eine Volkswirtschaft muss sich aus einer ökonomischen Krise herauskämpfen und aus ihr herauswachsen. Die SPD-Fraktion legt allerdings nach wie vor größten Wert darauf, dass der Landtag bei der Entscheidung über die Mittelvergabe aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie umfassend beteiligt wird. Eines ist klar: Bei der Ausgaben- und der Zuschussgestaltung bedarf es gerade jetzt maximaler Transparenz.

(Beifall bei der SPD)

Der Landtag muss über die Abwicklung zeitnah informiert werden. Beides ist aus unserer Sicht ein absolutes Muss. Im Übrigen sollte man eines nicht verschweigen, was Sie nicht so gerne hören: Von den Gesamtausgaben des Fonds waren in den vergangenen Jahren 5,26 Milliarden Euro Bundesmittel und 3,57 Milliarden Euro Landesmittel. Prozentual kamen also ziemlich genau 60 % vom Bund, 40 % vom Land. Wenn sich also die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungsfaktionen bei diesen Haushaltsberatungen heute, morgen und übermorgen ihrer finanziellen Wohltaten rühmen, dann denken Sie an Olaf Scholz. Er hat die Feder geführt, die Sie sich schmückend an den Kopf stecken.

(Beifall bei der SPD)

Zusammengefasst: Die SPD-Fraktion hält die grundsätzliche Positionierung des Staatshaushalts 2021 als Krisenhaushalt angesichts der Corona-Pandemie für nachvollziehbar und angemessen. Aber weiterführende Initiativen, die wir vorgelegt haben und die ich gerade noch einmal erläutert habe, sind dringend erforderlich. Leider wurde lediglich unser Änderungsantrag zur Verdoppelung der Vereinspauschale mit den Stimmen aller demokratischen Fraktionen hier im Haus angenommen. Danke schön, dass Sie uns hiermit zeigen, dass wir in dem Zusammenhang recht haben.

(Beifall bei der SPD)

Das ist für die Vereine und den Sport in Bayern eine gute Neuigkeit. Wir brauchen aber für die Digitalisierung, die Bildung, die Mobilität, die soziale Infrastruktur und die Gesundheitsversorgung weitergehende Impulse, die sozial gerechte Perspektiven eröffnen. Wenn diese jetzt im Schlussspurt nicht mehr erfolgen, wenn Sie sich dem weiterhin versperren, dann wird der Haushalt seitens der SPD-Landtagsfraktion auf Ablehnung stoßen; denn dann ist dieser Haushalt ein Haushalt der verschenkten Potenziale. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Arnold, ich bedanke mich bei Ihnen. – Die Maske! – Ich darf dann den Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Herrn Kollegen Martin Hagen, aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aussprache zum Einzelplan 02 der Staatskanzlei ist traditionell Aufhänger für eine Generaldebatte über die Politik der Regierung, also über die großen politischen Linien. Dass der Ministerpräsident, der zu diesem Einzelplan üblicherweise spricht, heute nicht mal im Parlament ist, diesen Debattenpunkt also schwänzt, dokumentiert ein mangelndes Interesse genau daran. In Zeiten des unionsinternen Wettstreits um die Kanzlerkandidatur sind ihm die Kameras in Berlin offenbar wichtiger als das Parlament in München, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Dabei steht der Einzelplan 02 ja sinnbildlich für das Politikverständnis des Ministerpräsidenten. Schon im Doppelhaushalt 2019/2020 wurden insgesamt 132,5 neue Stellen in der Staatskanzlei geschaffen. Jetzt kommen noch mal 38 Stellen dazu.

Das ist, erstens, Zeugnis von Zentralisierung der Macht in der Regierung. Es ist ja kein Zufall, dass die Minister noch nie so sehr im Schatten des Ministerpräsidenten standen wie in der aktuellen Periode. Es ist, zweitens, auch Zeugnis der Ausdehnung der

Exekutivmacht zulasten der Legislative. Beispielhaft dafür steht das Gremium der Ministerpräsidentenkonferenz – ein Gremium, das in der Verfassung gar nicht vorgesehen ist –, das momentan das mächtigste Gremium in unserem Staate ist.

So losgelöst von parlamentarischer Kontrolle, so losgelöst selbst vom eigenen Kabinett inklusive des Koalitionspartners, konnte ein Ministerpräsident in Bayern noch nie schalten und walten! Das ist verführerisch, das ist gefährlich, und wir sollten uns daran nicht gewöhnen!

(Beifall)

Wir sollten uns auch nicht an anderes, was in dieser Corona-Pandemie zunehmend normal geworden ist, gewöhnen: beispielsweise an den leichtfertigen Umgang mit Grundrechten. Wir sind in einer Situation und in einer Debatte, in der sich zunehmend derjenige rechtfertigen muss, der Grundrechte gewähren will, und nicht derjenige, der sie einschränken will. Andersrum sollte es sein!

Wir sollten uns auch nicht an den leichtfertigen Umgang mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gewöhnen. Das ist Geld, das zukünftige Generationen irgendwann als Schulden tilgen müssen. Wir sollten uns auch nicht an den immer tieferen Eingriff des Staates in die Wirtschaft gewöhnen. Wir müssen nach der Corona-Krise wieder in den Normalmodus zurück.

Eine große Herausforderung wird dann darin bestehen, den liberalen Charakter unseres Staates zu stärken. Eine große Herausforderung wird auch darin bestehen, Begierlichkeiten, die jetzt in diesem Ausnahmezustand entstehen, abzuwehren.

Stichwort Klimaschutz: Es gibt in der Klimabewegung schon Stimmen, die die Corona-Krise und die Corona-Politik als Blaupause für die künftige Klimapolitik sehen. Dort sagt man: Schaut euch an, was plötzlich alles möglich ist! Schaut euch an, was die Bürger an Rechten und Freiheiten preiszugeben bereit sind!

Wir sagen: Nein! – Meine Damen und Herren, wir werden diese Menschheitsherausforderung Klimawandel nicht durch Einschränkung unserer Freiheit, nicht durch Verzicht und Selbstgeißelung, sondern nur durch technische Innovation und einen klugen ordnungspolitischen Rahmen, wie wir ihn mit dem Emissionshandel haben, bestehen.

(Beifall bei der FDP)

Die Begehrlichkeiten wachsen auch in der Finanzpolitik. Die Corona-Krise hat natürlich dazu geführt, dass plötzlich bisher ungeahnte Summen mobilisiert werden konnten, die notwendig waren, um diese Krise zu meistern. Der Staat hat in dieser Krise aus dem Vollen geschöpft. Das war und ist auch richtig so. Er kann aber in schweren Zeiten nur dann aus dem Vollen schöpfen, wenn er in guten Zeiten Maß hält. Er kann es nur, wenn wir jetzt nicht das Gefühl haben: Mensch, jetzt regnet das Geld wie Manna vom Himmel – das können wir künftig auch für allerlei soziale Wohltaten nutzen.

Es ist deswegen falsch, dass in der Vergangenheit schon in den guten Zeiten Wahlgeschenke verteilt wurden, die nicht der Zukunftsfähigkeit unseres Landes dienten, sondern nur bestimmte Wählergruppen milde und gewogen stimmen sollten. Nach dem Verständnis der FDP ist unsere Haushaltspolitik den kommenden Generationen verpflichtet, denen verpflichtet – unseren Kindern und Enkelkindern –, die die Schulden mal zurückzahlen müssen. Wir wollen ihnen Chancen und keine Schulden vererben.

Meine Damen und Herren, Sie wissen selber, dass die Regierung 2019 und 2020 einen Schönwetterhaushalt aufgestellt hat. Ich habe Ihnen das schon damals vorgeworfen. Das war eine Zeit, in der die dunklen Wolken am Himmel der Konjunktur schon sichtbar waren. Jetzt rächt sich, dass damals Ausgaben beschlossen wurden, die schon damals kaum aus den laufenden Einnahmen finanziert werden konnten. Diese Ausgaben bestehen jetzt, da die Einnahmen einbrechen und die Krise zusätzliche finanzielle Ressourcen erfordert, natürlich fort.

Sie haben in Ihrem Haushalt insgesamt zu viel konsumptive Ausgaben und zu wenig Investitionen. Das ist eine Schieflage; wir brauchen hier einen Paradigmenwechsel.

Der Staat – das ist leider keine neue Entwicklung – verzettelt sich immer mehr. Wir sehen jetzt in der Corona-Krise, wohin das geführt hat. – Statt eines schlanken, agilen Staates, der sich auf das Wesentliche konzentriert, haben wir einen fetten Staat – den teuersten, den wir jemals hatten –, der dann und dort, wenn und wo es darauf ankommt, kläglich versagt.

Der "SPIEGEL" schreibt in seiner aktuellen Ausgabe von Staatsversagen. Er titelt von Schimpf und Schande: "Die neue deutsche Unfähigkeit". – Genau das ist es. Wir müssen uns nur anschauen, wo wir beim Impfen stehen. Die Beschaffung von Impfstoff ist ein historisches Versagen – vielleicht das größte und folgenschwerste politische Versagen der vergangenen Jahrzehnte! Es setzt sich beim Testen, bei der Beschaffung von Schnelltests, beim Schutz von Altenheimen, der monatelang nicht geklappt hat, bei der Digitalisierung der Gesundheitsämter, bei der App, bei der Auszahlung von Wirtschaftshilfen, die nicht funktioniert, fort.

Vor diesem Hintergrund ist doch die Forderung, die wir gerade von der linken Seite immer wieder hören, nach mehr Staat und weniger Markt geradezu irrwitzig. – Schauen wir uns doch mal an, was in dieser Krise geklappt hat und was nicht.

Die Privatwirtschaft hat einen Impfstoff in Rekordzeit entwickelt. Sie hat die Luca-App entwickelt. Wir können beim Discounter für 99 Cent FFP2-Masken und Schnelltests für 25 Euro im Fünferpack kaufen. Selbst zu Zeiten der Hamsterkäufe im Frühjahr waren die Regale an jedem nächsten Morgen wieder prall gefüllt.

Schauen wir uns dagegen an, wie der Staat – etwa bei der Ausstattung der Bürger mit FFP2-Masken durch das Gesundheitsministerium, was übrigens gegen die Empfehlung des Ministeriums von Minister Spahn durchgedrückt wurde – agiert: Für 9,3 Millionen Euro wurden Berechtigungsscheine gedruckt, die man dann für 27 Millionen Euro per Post an 34 Millionen Bürger geschickt hat, damit diese sich dann in den Apothe-

ken gegen 2 Euro Eigenbeteiligung sechs FFP2-Masken holen konnten, die man im Supermarkt mittlerweile für 99 Cent pro Stück erhält; die Apotheken bekommen vom Staat aber 6 Euro pro Stück vergütet. Meine Damen und Herren, jeder Unternehmer, der so agiert, wäre morgen insolvent.

(Beifall bei der FDP)

Momentan erleben wir eine ganz gefährliche Mischung. Auf der einen Seite versagt der Staat bei seinen Hausaufgaben. Auf der anderen Seite verlangt der Staat den Bürgern immer mehr ab, schränkt sie ein und gängelt sie an einigen Stellen auch. Wenn dann noch dazu kommt, was wir in den letzten Tagen und Wochen erlebt haben, wenn nämlich offenbar wird, dass es Abgeordnete aus den Reihen von CDU und CSU gibt, die diese Krise genutzt haben, um sich persönlich auch noch zu bereichern, dann führt das zu ganz gefährlicher Politikverdrossenheit. Meine Damen und Herren, dieser Politikverdrossenheit sollten wir entgegenwirken.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen einen Staat, der da stark ist, wo es drauf ankommt, einen Staat, der sich auf seine Kernaufgaben fokussiert. Wir brauchen einen Staat, der sich sonst aber aus Dingen raushält, die ihn nichts angehen, weil sie die Gesellschaft, die Bürger und die Privatwirtschaft besser können.

Wir werden nach der Krise ohnehin viel mit echten Kernaufgaben zu tun haben; denn es gibt viele ungelöste Probleme und Herausforderungen, die ohnehin da waren, durch die Krise aber noch verschärft wurden.

Sprechen wir über die Bildungschancen. Der Schul-Lockdown ist eine Katastrophe für die Schülerinnen und Schüler, insbesondere für die aus bildungsfernen Schichten. Er verschärft die Bildungsungerechtigkeit, die unser Bildungssystem ohnehin schon – gerade in Bayern – produziert hat. Wir werden nach der Krise gerade mit Blick auf Chancengerechtigkeit, aber auch mit Blick auf lebenslanges Lernen eine Bildungsoffensive

brauchen, weil es die technologischen Umbrüche erforderlich machen, dass sich die Menschen lebenslang fortbilden, um den Anforderungen des Arbeitsmarktes standzuhalten.

Wir erleben es bei der Digitalisierung. Diese Krise hat deutlich gemacht, welche Defizite wir hier haben, gerade in der staatlichen Verwaltung, Stichwort Schulen, Stichwort Gesundheitsämter und Stichwort Beantragung von Soforthilfen via ausdruckbarem und zurückzufaxendem PDF-Dokument, wie es das Wirtschaftsministerium angeboten hat. Wir haben ein Digitalministerium ohne jegliche Kompetenzen, ohne Zuständigkeiten für die entscheidenden Angelpunkte, die es bei der Digitalisierung gibt, ein Digitalministerium, das ein reines Feigenblatt ist. Wir sehen es auch jetzt wieder am Haushalt: Der wichtigste Posten ist die Verleihung eines Computerspielepreises einmal im Jahr. Hier brauchen wir ganz klar mehr PS auf der Straße. Hier brauchen wir ein echtes Ministerium mit echten Kompetenzen für die Digitalpolitik.

(Beifall bei der FDP)

In der Wirtschaft erleben wir, dass sich Trends durch die Krise verschärfen, wie beispielsweise der Konzentrationsprozess im Einzelhandel oder in der Gastronomie. Die Vielfalt, gerade in unseren Innenstädten, ist bedroht. Ich fürchte, wir werden die eine oder andere Innenstadt nach dieser Krise nicht wiedererkennen; denn die Corona-Krise trifft gerade den kleinen, familiengeführten Mittelstand. In diese Lücke werden nach der Krise natürlich große Akteure springen.

Die Industrie befand sich in Bayern und in Deutschland schon vor der Corona-Krise tief in einer Rezession. Nach der Krise wird es entscheidend sein, die Standortbedingungen in unserem Land für wirtschaftliche Betätigung wieder drastisch zu verbessern, um aus dieser Krise auch wirtschaftlich zu wachsen. Dazu müssen wir Steuern senken und es attraktiv machen, hier zu investieren. Wir müssen Bürokratie abbauen. Wir brauchen eine moderne Infrastruktur, und wir brauchen ganz dringend eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Nächstes Jahr geht das letzte AKW in Bayern

vom Netz. Ich frage mich: Wo ist das Konzept der Bayerischen Staatsregierung, wie wir diese Lücke kompensieren? Wo ist das Konzept, wie wir auch bei wachsendem Strombedarf durch die Elektrifizierung des Verkehrs- und des Wärmesektors, die politisch gewollt ist, die Stromversorgung in den Zwanzigerjahren sicherstellen können?

Die großen Herausforderungen, sie gipfeln in den Zwanzigerjahren wahrscheinlich in einem Megatrend, nämlich dem demografischen Wandel. Dieser ist eine echte, sehr große Herausforderung, zum Beispiel für den Arbeitsmarkt. Um das einmal zu veranschaulichen: Im Jahr 2019 gab es in Bayern genauso viele Schulabsolventen wie Renteneintritte. Die Zahl der Schulabsolventen wird bis Mitte des Jahrzehnts leicht sinken. Die Zahl der Renteneintritte wird sich mehr als verdoppeln. Das bedeutet für unseren Arbeitsmarkt einen weiter verschärften Fachkräftemangel, dem wir durch bessere Bildung, gerade bessere berufliche Bildung, durch eine bessere Familienpolitik, um auch mehr Eltern die Erwerbsarbeit zu ermöglichen, durch eine längere Lebensarbeitszeit und natürlich auch durch Einwanderung begegnen müssen; denn Bayern ist auf qualifizierte Einwanderung angewiesen, wenn wir unseren Wohlstand in den Zwanzigerjahren erhalten wollen.

Der demografische Wandel stellt eine riesige Herausforderung für unsere Sozialsysteme dar. Die Rentengeschenke der Großen Koalition waren genau das Gegenteil von dem, was wir wirklich brauchen. Sie werden uns in diesem Jahrzehnt teuer zu stehen kommen. Der demografische Wandel ist auch eine Herausforderung für den Staatshaushalt, und damit kommen wir wieder zum eigentlichen Punkt zurück; denn die Pensionslasten werden in diesem Jahrzehnt drastisch steigen, weil die "Babyboomer" auch in der Beamtenschaft in den Ruhestand gehen. Wir wissen, dass die Zuführung zum Pensionsfonds seit Jahren konstant zu niedrig ist. Ein Finanzminister mit dem Namen Markus Söder hat damals die Zuführung zum Pensionsfonds zugunsten der Schuldentilgung reduziert. Mittlerweile ist die Schuldentilgung vom Tisch. Der Pensionsfonds bleibt trotzdem weiterhin unzureichend gefüllt. – Sie stellen also mit jedem Jahr ungedeckte Schecks an künftige Pensionisten aus.

Meine Damen und Herren, wir brauchen mehr Transparenz bezüglich der tatsächlichen Lasten, die im Finanzbereich in Zukunft vor uns liegen, und wir brauchen mehr Transparenz dahin gehend, wie Sie diese zu finanzieren gedenken. Wir stehen am Beginn eines neuen Jahrzehnts, am Beginn der Zwanzigerjahre. Wir müssen die Zukunft in den Blick nehmen. Wir müssen das Bayern von morgen gestalten. Das, was Sie vorlegen, ist dafür leider zu wenig.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Hagen. – Ich darf als nächsten Redner den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Kollegen Josef Zellmeier, aufrufen. Bitte schön, Herr Vorsitzender.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Vieles ist jetzt schon zum Haushalt 2021 gesagt worden. Ich will nicht alles wiederholen, aber auf ein paar Punkte eingehen, die meine Vorredner von sich gegeben haben. Zunächst einmal zum Grundsätzlichen: Wir haben nur einen Ein-Jahres-Haushalt. Das wissen Sie mittlerweile. Dies ist die richtige Reaktion darauf, dass die Zeiten unsicherer geworden sind. Das gilt für die Einnahmesituation, aber auch für die Herausforderungen, die auf uns zukommen. Corona bestimmt natürlich auch weiterhin einen Teil unserer Haushaltspolitik. Wir wollen die solide Politik fortsetzen. Wir wollen die Menschen sicher durch die Pandemie führen, aber auch den Haushalt sicher und solide gestalten. Das ist das große Ziel der CSU und der Regierungskoalition. Deshalb wollen wir nicht nur über die nackten Zahlen reden, sondern auch über das, was dahintersteht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine unverhältnismäßige Neuverschuldung, wie sie die Anträge der Opposition bedeuten würden, lehnen wir entschieden ab. Wir wissen alle, dass wir jetzt im zweiten Jahr neue Schulden brauchen – nach 15 Jahren, in denen wir ohne neue Schulden auskamen. Dies soll aber die Ausnahme und nicht die Regel sein. Die Anträge, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition und vor

allem von den GRÜNEN und der SPD, die Sie stellen, sind immer Anträge, die schon in der Vergangenheit zu deutlichen Mehrausgaben geführt hätten und nicht solide sind. Frau Kollegin Schulze spricht von Green Bonds: Was ist das denn anderes als eine versteckte Neuverschuldung? Man versucht hier, die Verfassung zu umgehen, indem man der Sache einen Namen gibt, der sich gut anhört. Grün ist momentan "in". Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie so vieles, was unter dem grünen Mäntelchen läuft, ist es nicht so, wie es aussieht. Hier könnte man noch einige andere Beispiele anführen. Deshalb ist ganz klar: Wir werden diesen Green Bonds niemals zustimmen, weil sie ein Irrweg sind und weil sie die Zukunft der jungen Generation belasten würden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die GRÜNEN versuchen, an Stellen zu sparen, wo es den Menschen wehtut: Pflegegeld und Familiengeld. Das sind wichtige Aspekte. Ein Grundpfeiler der Politik von CSU und FREIEN WÄHLERN ist die Unterstützung der Familien und der Pflegebedürftigen. Wir werden nicht dabei mitmachen, diese Dinge zu streichen, wie es die GRÜNEN gerne hätten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Übrigen hat Frau Kollegin Schulze auch noch erwähnt, dass wir für Radschnellwege zu wenig tun würden. Sie hat wahrscheinlich nicht mitbekommen, dass es dafür ein Förderprogramm des Bundes gibt, das sehr gut ist, das genutzt wird und das wir auch voll unterstützen, und dass wir im Haushaltsausschuss auch angeregt haben, die Förderbedingungen für die bayerischen Radschnellwege, die in der Kategorie etwas darunterliegen, anzupassen, damit die vorhandenen Mittel dafür – diese sind wirklich vorhanden – auch entsprechend von den Kommunen genutzt werden können.

Wir haben es im Übrigen – das ist, glaube ich, eine große Leistung, und hier danke ich insbesondere auch unserem Finanzminister Albert Füracker sehr herzlich – in beiden Pandemie Jahren, in 2020 und 2021, geschafft, mit der Neuverschuldung auszukom-

men, die wir allein für das erste Jahr geplant hatten. Die 20 Milliarden Euro sind bei Weitem nicht verbraucht worden. Wir können den zweiten Teil – das sind 11,6 Milliarden Euro – in diesem Jahr bereitstellen. Das heißt, wir haben sorgsam gewirtschaftet, und wir haben auch dafür gesorgt, dass wir die 20 Milliarden Euro auch in diesem Haushalt nicht überschreiten werden. Das ist, glaube ich, ein Zeichen, dass wir für solide Aufgabenführung die Besten sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Steuereinnahmen sind geringer als in den Vorjahren, natürlich bedingt durch die Ausfälle, die wir in der Wirtschaft haben, aber auch durch steuerliche Erleichterungen für die Bürger, die auch berechtigt sind. Federführend hat die CSU viele Punkte durchgesetzt, die für die Menschen wichtig sind. Ich nenne die Verlängerung der Absenkung des Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie und in der Hotellerie. Dies ist ein sehr wichtiger Faktor, um vor allem dieser schwer gebeutelten Wirtschaftsbranche einen Neustart zu ermöglichen.

Es wird von allen anerkannt, dass hier ein wichtiger Faktor geschaffen worden ist, wir dies zuerst durchgesetzt und jetzt auch erreicht haben, dass es bis Ende 2022 verlängert wird, dass wir den Kinderbonus auch heuer haben. Ein sehr wichtiges Thema ist auch die Verdoppelung des steuerlichen Verlustrücktrags in 2020 und 2021. Hier hätten wir uns sogar noch mehr vorstellen können, als passiert ist; denn dies ist eine sehr wichtige Regelung für die Unternehmen, die in der Vergangenheit profitabel waren und sich jetzt durch Corona in der Krise befinden und die sich mit einem erweiterten und somit verlängerten Verlustrücktrag auch wieder einen Teil der Liquidität verschaffen können. Ich nenne außerdem die Homeoffice-Pauschale von 5 Euro pro Tag und vieles mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die Steuerausfälle von 3,6 Milliarden Euro über die Neuverschuldung und darüber hinaus viele Dinge refinanzieren, die den Menschen direkt helfen, wie Impfzentren und Corona-Tests, um nur die wichtigsten Beispiele zu nennen. Dafür haben wir 8,3 Milliarden Euro im Sondertopf "Corona" bereitgestellt. Davon sind 2,4 Milliarden Euro für unvorhergesehene Dinge bestimmt, um

kurzfristig reagieren zu können. Wir haben durchgesetzt und erreicht, dass der Haushaltsausschuss künftig bei diesem noch nicht definierten Ausgaben-Pool zustimmen muss, bevor Ausgaben wirksam werden; 2,4 Milliarden Euro sind ja auch nicht wenig. Die Staatsregierung hat dies bereitwillig aufgenommen. Damit haben wir die Parlamentsrechte eindeutig gestärkt.

(Zuruf)

– Lieber Kollege Güller, ich schätze dich sehr, aber manchmal liegst du richtig daneben. Einen solchen Fall haben wir jetzt. Im vergangenen Jahr hatten wir eine Sonder-situation. Keiner von uns wusste, was auf uns zukommt. Auch an der Schnelligkeit, mit der reagiert werden musste, sieht man, dass es im letzten Jahr richtig war, der Staats-regierung freie Hand zu geben. Wir haben durchgesetzt und erreicht, dass das im zweiten Jahr der Krise anders ist, auch weil wir als Haushälter mitbestimmen wollen. Das ist ganz klar.

(Beifall)

Oft ist auch der richtige Zeitpunkt entscheidend.

(Heiterkeit)

Es ist nicht nur entscheidend, was man sagt, sondern auch, wann man es sagt.

(Zurufe)

– Ich wollte eigentlich nichts dazu sagen, aber weil Kollege Arnold gerade dazwi-schenruft, sage ich: Die Vereinspauschale, die er vorhin angesprochen hat, war be-reits eingetütet. Es ging nur noch um technische Fragen und darum, wie man es macht.

(Anhaltende Heiterkeit)

Im Nachhinein hat es sich fast als Fehler erwiesen, dass wir dem Begehrt der SPD nachgegeben haben. Die SPD hat so getan, als ob sie die Verdoppelung der Vereinspauschale verursacht hätte. Das ist natürlich nicht so. Sie war bereits eingetütet. Wir haben uns auf euren Weg eingelassen; das ist richtig. Aber die Erhöhung der Vereinspauschale wäre mit und ohne euch gekommen, weil uns die Vereine und gerade die Sportvereine wichtig sind, die durch die Einschränkungen massiv zu leiden haben.

Wir brauchen eine zügige Erholung der Wirtschaft. Das ist ein ganz entscheidender Faktor, damit wir auch in Zukunft als Staat leistungsfähig sind. Denn ohne die Einnahmen aus der Wirtschaft und ohne die Einnahmen von den Steuerzahlern, den Unternehmern, den Arbeitnehmern und den Landwirten könnten wir nicht agieren. Dem vom Kollegen Pohl Gesagten möchte ich noch hinzufügen: Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind diejenigen, die in diesem Lande anschaffen. Sie stellen das Geld bereit. Wer zahlt, schafft an. Man sollte sie nicht unnötig beuteln, sondern stärken, damit auch in Zukunft die Einnahmen fließen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 14 % Investitionsquote und 9,9 Milliarden Euro sind ganz wesentliche Faktoren, damit gerade die Wirtschaft nach der Krise wieder ins Laufen kommt. Ich hoffe, dass wir diese Zeit nach der Krise bald erleben.

Die Stärkung der Kommunen mit 10,3 Milliarden Euro ist eine herausragende Leistung, die man nicht unterschätzen darf. Die GRÜNEN sagen, den Kommunen müsste man noch mehr Gutes tun. Das ist erstens in Zeiten der Krise so nicht möglich, zweitens geht es den Kommunen in Ländern, in denen die GRÜNEN und Roten regiert haben, traditionell am schlechtesten. Das wissen wir alle. Den bayerischen Kommunen geht es dank unserer Politik seit vielen Jahren gut; das soll auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Darum ärgert es mich auch, wenn einige sagen, in Bayern sei die digitale Infrastruktur nicht gut. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sie ist gut. Sie ist vor allem sogar deutlich verbessert worden. Natürlich muss man auch die Unterschiede sehen. Wer von Verhältnissen wie in NRW spricht, wo wenig funktioniert, oder wie in anderen großen Ländern, die lange von der SPD regiert waren, der vergisst, dass diese Länder relativ dicht besiedelt sind, weshalb es für die Wirtschaft interessanter ist, Leitungen zu legen. Das ist so. In einem Flächenstaat wie Bayern ist dies nicht so interessant, weil die Menschen weiter auseinander wohnen. Deshalb hat der Freistaat Bayern ein Riesenprogramm aufgelegt. Wir wissen, dass der Staat in einem Flächenland etwas tun muss, weil es die Wirtschaft alleine nicht machen kann. Deswegen danke ich unserem Finanzminister dafür, dass er es so fortführt. Wir haben mehr investiert als alle anderen Bundesländer und Länder in Europa. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CSU)

Wir wissen, dass es mit der Mobilfunkversorgung vor Ort schwierig ist. Jedem ist bekannt, dass oft diejenigen, die von Mobilfunkversorgung sprechen, diejenigen sind, die dann vor Ort dagegen sind. Hier verrate ich keine Geheimnisse. Jeder weiß, dass gerade die GRÜNEN in der ersten Reihe stehen, wenn es darum geht, gegen den Bau von Mobilfunkmasten zu demonstrieren.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen unseren Bürgerinnen und Bürgern und unseren Steuerzahlern weder durch Verbote noch durch übermäßige finanzielle Belastungen Daumenschrauben anlegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, deshalb ist es uns auch wichtig, dass weiterhin Eigenheime gebaut werden können. Sie gehen immer zwei Wege: Der eine Weg ist, etwas zu verbieten. Wenn das nicht klappt, dann nehmen Sie den Leuten so viel Geld weg, dass sie nicht mehr bauen oder kaufen können. Das ist nicht unser Weg. Wir werden daran festhalten und auch in Zukunft dafür sorgen, dass den Menschen genug Geld bleibt, um ihre Träume zu verwirklichen.

Noch ein paar Worte zur Staatskanzlei: Neben der Generaldebatte gab es auch Kritik am Personalbedarf der Staatskanzlei, der natürlich coronabedingt höher ist. Das ist klar. In der Staatskanzlei wird extrem viel, extrem lange, weit über die üblichen Arbeitszeiten hinaus und auch am Wochenende gearbeitet. Wer glaubt, die dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kritisieren zu dürfen, wenn es in einer Krise einen erhöhten Bedarf an Einstellungen gibt, der liegt völlig falsch. Das ist Kritik an der falschen Stelle. Das sei einmal gesagt. Wir brauchen hier mehr Personal, weil der Bedarf vorhanden ist, und nicht deshalb, weil es dem Ministerpräsidenten gefällt. Da liegen Sie völlig daneben.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen ist der Etat der Staatskanzlei niedriger als der des Landtags, dies nur einmal zum Vergleich. Die Zahlen sagen noch gar nichts darüber aus, wie jemand arbeitet und eine Behörde funktioniert. Aber eines ist klar: In der Krise braucht man mehr Personal als vor und nach der Krise. Ich hoffe, dass wir künftig natürlich auch wieder etwas Personal reduzieren können. Das gilt nicht nur für den Bereich der Staatskanzlei. Es ist ein allgemeines Problem, dass wir den Personalbestand sehr ausbauen. – Wenn Sie aber etwas zu sagen hätten, Kollege Arnold, dann wäre das mit Sicherheit noch etwas mehr. Das ist nicht der richtige Weg, denn wir müssen auch das Verhältnis der Personalausgaben zum Gesamthaushalt im Blick haben.

(Zuruf)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein Wort zur Medienpolitik, die mir fast etwas zu kurz gekommen ist: Die Staatskanzlei ist federführend auch für die Medienpolitik zuständig. Ich erwähne hier die lokalen Rundfunk- und Fernsehanstalten, weil mir das persönlich auch sehr wichtig ist. Sie sorgen für eine hervorragende Berichterstattung in der Region über regionale Themen, berichten aber auch über die Arbeit, die wir hier im Landtag leisten. Das gilt für die Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen. Wir müssen dankbar sein, wenn beispielsweise Plenum.TV bei fast jeder Plenarsitzung

anwesend ist und unsere Stellungnahmen zu den aktuellen Themen auch in der Region verbreitet. Deshalb haben wir zu Recht die Mittel erhöht und sind bereit, weiter zu unterstützen, vor allem dann, wenn es um die Verbreitungsinfrastruktur geht, weil auch regional die Werbeeinnahmen sehr unterschiedlich sind. Hinzu kommt die Tatsache, dass coronabedingt die Werbeeinnahmen zurückgegangen sind. Das ist eine ganz wichtige Angelegenheit, die die Staatskanzlei hervorragend managt.

Lassen Sie mich zum Schluss noch Dank sagen unserem Finanzminister Albert Füracker für die hervorragende Arbeit bei der Erstellung des Haushalts und natürlich unserem Ministerpräsidenten, der souverän durch die Krise führt, sowie Dr. Florian Herrmann als Leiter der Staatskanzlei, der ja auch am Schluss noch für die Staatskanzlei sprechen wird. Danke an Kollegen Pohl, unseren Koalitionspartner; wir arbeiten eng und gut zusammen. Danke allen Ausschussmitgliedern für die intensive Arbeit. Alle Ausschussmitglieder arbeiten sehr intensiv mit und bringen sich ein, auch wenn sie nicht immer die richtigen Ideen haben.

(Unruhe)

Zumindest sind sie fleißig; dafür sage ich Danke. Das muss man wirklich sagen. Der Haushalt der Staatskanzlei ist in vollem Umfang zustimmungsfähig. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung.

Davor erlaube ich mir als Vizepräsident, dem Haushaltsausschuss und allen, die hier mitwirken, parteiübergreifend herzlich zu danken. Ich habe dem Ausschuss selber angehört und weiß, wie viele Stunden an Sitzungen nötig sind, damit ein Haushalt verabschiedet werden kann. Ich wollte das gegenüber den Kollegen mal ausdrücklich aussprechen.

(Beifall)

Jetzt hat Herr Bergmüller das Wort. – Bitte.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege und Ausschussvorsitzender Zellmeier, Sie haben vorher von einer Erholung der Wirtschaft gesprochen. Heute zitiere ich aus dem "SPIEGEL" den Chefvolkswirt Jörg Krämer von der Commerzbank: Nunmehr sei davon auszugehen, dass der Lockdown in der gegenwärtigen oder leicht abgeschwächten Form bis Ende Mai in Kraft bleibe. Dies entspricht einem Verlust von ungefähr zehn Milliarden Euro. Letztes Jahr um diese Zeit haben wir den 1. Nachtragshaushalt gehabt, und einen Monat später den 2. Nachtragshaushalt. Jetzt frage ich Sie: Schließen Sie bei weiterem, verlängertem Lockdown einen Nachtragshaushalt auf der Grundlage des jetzigen Haushaltsplanes aus?

Erster Vizepräsident Karl Feller: Bitte.

Josef Zellmeier (CSU): Ich bin kein Hellseher. Ich wünsche mir keinen Nachtragshaushalt. Aber ausschließen kann ich ihn natürlich auch nicht, weil die Zeiten unsicher sind. Da muss man dann kurzfristig reagieren. Momentan sind wir gut aufgestellt. Was sein könnte, wenn die Pandemie und die Einschränkungen dadurch länger dauern, lässt sich momentan nicht vorhersagen.

Erster Vizepräsident Karl Feller: Vielen herzlichen Dank. Ich sehe keine weiteren Meldungen zu Zwischenbemerkungen. Damit ist der Beitrag von Herrn Vorsitzendem Zellmeier beendet. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen: Es ist der Abgeordnete Florian Siekmann von den GRÜNEN. Kollege Siekmann, gleich dürfen Sie ans Rednerpult. Ich nutze auch heute die Gelegenheit, ganz besonders noch unter dem Eindruck des Gedenkaktes, den Offiziantinnen und Offizianten dafür zu danken, dass sie hier so darauf achten, dass wir nicht angesteckt werden. Vielen herzlichen Dank auch an die Damen und Herren.

(Allgemeiner Beifall)

Bitte schön.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg*innen! Wir beraten den Haushalt der Staatskanzlei, und damit beraten wir auch über die politische Koordination dieses Landes, nicht nur innerhalb Bayerns, sondern auch im Bund, in der Europäischen Union und sogar darüber hinaus. Knapp zwei Jahre ist die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten zu Europa nun her. Aber Europa sollte eben nicht nur vor den Europawahlen eine Rolle in dieser Regierung spielen, sondern auch beim täglichen Handeln. Im Angebot hatte der Ministerpräsident damals viele wohlklingende Ankündigungen: Mit den Nachbarstaaten wollte man eng zusammenarbeiten, insbesondere mit Österreich und Tschechien. Jetzt, zwei Jahre später, ist von diesen Ankündigungen nicht viel mehr geblieben als ein paar Fotosessions mit Sebastian Kurz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gegenteil: Die Situation in der Grenzregion ist angespannt. Seit Wochen können sich Paare und Familien mit Kindern nicht sehen. Fast täglich erreichen mich Anfragen von verzweifelte Lebenspartner*innen. Eine ist mir besonders in Erinnerung geblieben: Zwei Frauen, beide arbeiten in systemrelevanten Berufen, eine in Bayern, eine in Tirol, sie opfern sich in dieser Pandemie für unsere Gesellschaft auf, und dass sie sich am Wochenende kurz sehen bleibt ihnen verwehrt. Wie sich das anfühlen muss, möchte ich mir nicht ausmalen. Man fühlt sich zurückversetzt in die erste Welle der Pandemie. Statt Zusammenarbeit gab es damals Grenzsicherungen. Mit nationalen Scheuklappen wurde gedacht und gehandelt. Es waren schwarze Tage für den Zusammenhalt in Europa. Danach gab es wieder Ankündigungen: Man wolle neue Grenzsicherungen unter allen Umständen vermeiden, beteuerte die Staatskanzlei.

Und heute, ein Jahr nach der ersten Welle, überrollt uns die dritte Welle, und die Grenzen zu unseren Nachbarn sind erneut so gut wie dicht. Unser Vorschlag für eine bessere Koordination mit Tschechien und Österreich, die Einrichtung einer grenzüber-

schreitenden Taskforce, wurde seit letztem Jahr im Mai mehrmals abgelehnt, stattdessen wieder nur Beteuerungen und Ankündigungen. Auf Nachfrage stellen sich diese Beteuerungen als Luftnummern heraus: Die Testpflicht endet 2020, – Zitat aus der Antwort auf meine Anfrage: Nicht mit den verantwortlichen Stellen im Nachbarstaat abgesprochen. – Verschärfte Testpflicht Januar 2021: Eilige Gespräche erst, nachdem man die Maßnahme umgesetzt hatte, weil man plötzlich festgestellt hat, was für ein Chaos angerichtet wurde. Jetzt die stationären Grenzkontrollen Ende Februar 2021: Erst am Morgen der Umsetzung standen die völlig unzureichenden Ausnahmeregelungen fest. Von Koordination keine Spur, stattdessen Verunsicherung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da muss man sich doch fragen: Kann es so schwer sein, sich um eine gute Koordination mit unseren Nachbarn zu bemühen? Der Blick nach Baden-Württemberg zeigt: wöchentlicher Austausch mit der Schweiz; gemeinsam mit Rheinland-Pfalz, dem Saarland und dem Bund wurde eine Taskforce mit Frankreich eingerichtet. Das Ergebnis: maßvolle Maßnahmen und auch Erfolge bei der Pandemie-Bekämpfung. So will ich das auch in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bis hierhin wäre das alles mit wenigen Euro zu bewerkstelligen gewesen. Wir hätten überhaupt keine Haushaltsdebatte gebraucht. Beim Blick auf den Haushalt der Staatskanzlei muss man fast entsetzt feststellen: Der immer weiter aufgeblasene Apparat – und das wurde er schon vor der Krise, meine Damen und Herren, nicht erst durch Corona – hat sich als wahrlich wirkungslos erwiesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Immer neue Gelder für die Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation mögen hübsche Bilder in herrschaftlicher Atmosphäre erzeugen. Sie liefern aber keine Lösung für die Probleme der Menschen in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es scheitert nicht am Haushalt, den dieses Parlament beschließt, es scheitert am Willen der Regierung Söder, sich ihrer europapolitischen Verantwortung zu stellen. Es ist die Politik ewiger Ankündigungen und ausbleibender Ergebnisse, die sowohl die Abgeordneten in diesem Haus als auch die Menschen im Freistaat Bayern überstrapaziert.

Ausbleibende Ergebnisse finden sich im Haushalt der Staatskanzlei zur Genüge: Da wäre zum Beispiel die Stiftung zur Förderung des internationalen Jugendaustausches. Noch so eine Ankündigung: Jahr 2018, Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Bereits im vergangenen Jahr haben wir beantragt, dass die 30 Millionen Euro dem Bayerischen Jugendring zur Verfügung gestellt werden, wo es schon die Strukturen gibt, um internationalen Austausch zu fördern. Aber es muss aus Sicht der Regierung Söder eine weitere Stiftung sein. Das eignet sich auch besser für einen Fototermin. Leidtragende sind aber am Ende die jungen Menschen, die bis heute kaum die Chance auf eine internationale Erfahrung haben: Schüler*innen an Mittel- und Realschulen, Auszubildende. Wer nach der Krise einen kraftvollen Neustart für den Austausch will, der muss in bewährte Strukturen und Netzwerke statt in neue Stiftungen investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt bin ich bei den jungen Menschen, Herr Pohl, Herr König, die leiden nicht unter den Ausgaben von heute. Meine Generation leidet nicht unter den Ausgaben von heute, sie leidet unter den fehlenden Investitionen in die Zukunft. Haben Sie mal in den Freistaat geschaut? Sie schauen auf das kameralistische Papier: Einzahlungen, Auszahlungen. Ich schaue in den Freistaat. Und was sehe ich? – Ich sehe bröckelnde Infrastruktur, ich sehe lahme Digitalisierung, ich sehe verkümmerten Klimaschutz. Das ist es, was meiner Generation am Ende wirklich zu schaffen macht. Uns läuft die Zeit davon. Sie haben sich zu "Klimazielen 2030" verpflichtet.

(Zuruf)

Mit diesem Haushalt werden Sie nicht mal die Ziele erreichen, die die Bundesregierung vorgegeben hat,

(Beifall bei den GRÜNEN)

statt 50 %, 60 % oder 70 %, die wir eigentlich haben müssten. Das Einzige, was Ihnen zu unseren innovativen Vorschlägen – Investitionsregel für die Schuldenbremse, eine fairere Besteuerung für die Einkommen – einfällt, ist, sie zu verwerfen, ohne dass Sie selber einen einzigen Vorschlag machen, wie Sie die Modernisierung in diesem Land finanzieren und vorantreiben wollen.

(Zuruf)

Das geht mir und meiner Generation gehörig gegen den Strich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein paar letzte Worte, weil das Thema Steuern hier immer alle in die Höhe treibt. Es geht um eine faire Besteuerung, um eine angemessene Besteuerung. Der Grundfreibetrag für die kleinen und mittleren Einkommen soll steigen. Wissen Sie, was das Nettomedianeinkommen in Deutschland ist? – 1.950 Euro. Die Hälfte der Bevölkerung hat weniger. Um die geht es uns. Da müssen wir schauen, dass wir die Steuerlast runterbekommen. Dann ist es auch in Ordnung, wenn man die, die wirklich viel verdienen, die oberen ein oder zwei Prozent, dafür nach der Krise in die Verantwortung nimmt, um hier vernünftig zu starten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und ein letzter Rat an die Staatsregierung, den ich aus diesem Haushalt ziehe: Machen Sie doch einfach eines: Arbeiten Sie erst und verkünden Sie dann, anstatt ewig zu verkünden und dann nichts zu liefern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Siekmann. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Martin Böhm von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ordentliches Haushalten bedeutet, bei allen Entscheidungen das Ende zu bedenken. Diese Sichtweise fehlt nicht nur dem Einzelplan 02, sondern sie ist dem gesamten Haushaltsplan fremd. Kein ordentlicher Kaufmannbürdet seinen Kindern Lasten durch unumkehrbare Verpflichtungen auf, und kein guter Kämmerer nutzt die Irrwege der Kameralistik, um sein Land in die Schattenverschuldung zu führen. Dieser Haushalt macht genau das. Der Ministerpräsident steht als Herr des Kämmerers dafür auch in direkter Verantwortung, obwohl er es heute vorgezogen hat, der Debatte nicht beizuwohnen.

"Der Haushalt ist der Nerv des Staates. Daher muss er den profanen Augen der Untertanen entzogen werden." – Dieser Satz wird bisher nicht dem Staatsminister Füracker, sondern Richelieu zugeschrieben. Unser Haushalt liegt zum Glück offen. Aber das Verdecken wahrer Lasten durch die Ermächtigung zu immer höherer implizierter Staatsverschuldung ist nichts anderes als legales Tarnen und zugleich das Täuschen künftiger Generationen.

Nun ist der Einzelplan 02 nicht der größte, und es bedarf in Bayern immer guter Inspektorinnen und Räte. Allerdings ist es erklärungsbedürftig, wenn in der jetzigen Großwetterlage in der Staatskanzlei 15 neue Stellen von A 15 bis B 7 geschaffen werden. Warum baut man nicht das Personal im Innenministerium mit hoch qualifizierten Personen auf, um dort den Schützern unserer Verfassung auf die Finger zu schauen? – Ich meine die Regierungsschützer, die unbescholtene Bürger bespitzeln, aber selten in der Lage sind, islamistischen Terror auch wirklich zu erkennen.

Die 15 neuen Beamten verdienen im Schnitt 6.000 Euro pro Monat. Das sind für alle in Summe nach 40 Jahren Bezug und Pensionsbezug circa 44 Millionen Euro. Ein Konzern, der solche Pensionszusagen macht, muss dafür Rückstellungen bilden. Ältere von uns glauben, abgezinst wären das in etwa 30 Millionen Euro. Die Jüngeren wissen, dass Abzinsen mit Negativzinsen Aufzinsen bedeutet. Also müssen bei minus 0,5 % etwa 50 Millionen Euro zurückgestellt werden. Was steht davon im Haushaltsplan? – Nichts. Sie müssen das im Staatshaushalt auch nicht ausweisen. Aber darüber zu reden, hat etwas mit Ehrlichkeit zu tun; denn diese 50 Millionen Euro sind im Lauf der Jahre 50 Millionen an Steuergeldern, die nicht anderweitig investiert werden können.

Unterziehen wir nun den Gesamthaushalt 2021 einer Analyse, kommen wir zu folgenden Zahlen: Von 2010 bis 2021 hat sich die Zahl der Beamtenstellen in Bayern gerundet von etwa 158.000 auf 258.000 gemehrt. Das sind 63 % Zuwachs in nur elf Jahren. Diese 258.000 tüchtigen Kolleginnen und Kollegen verdienen im Schnitt 4.000 Euro. Machen wir dieselbe Rechnung auf wie eben, dann sind wir bei einer validen Aussage von über 600.000 Milliarden Euro Schattenverschuldung nur aus diesem Bereich.

Diese halbe Billion ist Teil der Generationenbilanz. In den USA wird sie schon lange ermittelt und als volkswirtschaftliches Analyseinstrument anerkannt. Hierzulande wird sie den Bürgern verschwiegen. Zur Generationenbilanz gehören alle Ausgaben, für die ein Staat rechtswirksame Verpflichtungen eingeht, ohne entsprechende Rücklagen zu bilden. Für diese Ausgaben müssen später unsere Kinder geradestehen. Das sind die Ausgaben, die Sie gern verschweigen.

(Beifall bei der AfD)

Wie Kollege Hagen gerade erwähnte, stehen diese Ausgaben demografisch bedingt geringeren Steuervolumina entgegen.

Auch die Gesamtschau auf den Haushaltsplan betrübt. Zwar sollen in Summe nur etwa 5,5 % Personal zugebaut werden, aber im Licht des von Corona beschleunigten

wirtschaftlichen Niedergangs, der im Kern Auswuchs der staatsgelenkten Degeneration unser Automobilindustrie ist, ist auch mäßiger Zubau verantwortungslos.

Im Zentrum aller personalpolitischen Unwucht steht das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege, und ich meine dabei nicht das dubiose Agieren alter Amigos, die ihrer goldenen Jugend eine diamantenes Alter folgen lassen wollten. Dort steigt die Anzahl planmäßiger Beamter in Jahresfrist um unvorstellbare 78 % von 199 auf 355. Gewiss sind dort wegen der hohen Arbeitsbelastung tüchtige Inspektoren genauso notwendig wie fleißige Amtfrauen. 40 von ihnen werden künftig von einem auf A 15 gebetteten Medizinaldirektor gelenkt. Von einem? – Nein, von 16! Diese 16 Medizinaldirektoren arbeiten unter Aufsicht eines der bisher vier mit B 6 vergüteten Ministerialdirigenten. Das meint man und sieht bei genauerem Hinschauen, dass sich die geplante Personalausstattung der obersten Spitze des Ministeriums auf nahezu wunderbare Weise von vier auf gleich acht hoch bezahlte Dirigenten verdoppelt hat.

Das mag jetzt lustig klingen, ist es aber nicht. Das ist bitterer Ernst; denn zwei unterschiedliche Sichtweisen stellen sich zur Diskussion. Entweder hat das Ministerium die bisher jährlich Tausenden Influenzatoten verschlafen und die armen, an multiresistenten Erregern verstorbenen Menschen ignoriert; dann gab es also bereits erhebliche Führungsdefizite, die nun bereinigt werden. Oder es herrscht blinder Aktionismus, der zwar nach außen einen bewegten Eindruck vermittelt, am Ende der Pandemie aber im hoch dotierten Büroschlaf enden wird. Möglicherweise bringen die neuen Ministerialdirigenten auch eine bis dato nicht bekannte Kompetenz beim Aushandeln der Maskenbeschaffung mit und helfen, ihr eigenes Salär an anderer Stelle gleichsam einzusparen. Zu wünschen wäre es.

(Beifall bei der AfD)

Keine dieser Perspektiven ist dazu geeignet, das Vertrauen unserer Bürger in Holetscheks Ministerium zu stärken. Vertrauen schaffen Sie nur noch, indem Sie sich dem von uns geforderten Untersuchungsausschuss stellen und alle Amigos nach Hause

schicken. Vertrauen gewinnen Sie zurück, wenn Sie auf eine Personalerweiterung in der Staatskanzlei verzichten und stattdessen fünfzig junge Polizeibeamten und -beamtinnen einstellen. Vertrauen gewinnen Sie zurück, wenn Sie sogenannten Wertebündnissen die Mittel entziehen und nicht länger Eine-Welt-Losbuden unterstützen.

(Zuruf)

Besonderen Vertrauensgewinn erreichen Sie, wenn Sie die Zahlung von Zuschüssen an links verortete Medien unterlassen, die bereits zur Auszeichnung von Hochstaplern hier in diesem Haus geführt haben. Das alles und viel mehr beinhalten unsere Änderungsanträge, für die wir um Zustimmung bitten.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter. – Meldungen zu Zwischenbemerkungen liegen nicht vor. Dann darf ich den nächsten Kollegen aufrufen. Dies ist der Abgeordnete Michael Hofmann. Bitte schön, Herr Hofmann, Sie haben das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der heutigen Zeit einen Plan vorzulegen, scheint doch etwas gewagt. Wenn wir alle zusammen eines wissen, dann das, dass im letzten Jahr viele Dinge überhaupt nicht eingetreten sind, die wir für sicher und klar vorhersehbar gehalten haben. Wir sind gleichwohl der Bayerische Landtag. Wir stellen selbstverständlich einen Plan auf, wie wir mit Steuergeldern umgehen. Dieser Haushaltsplan führt uns durch das kommende Jahr 2021. Wir brechen dabei mit einer guten und altbewährten Tradition, nämlich der Tradition, Doppelhaushalte aufzustellen.

Warum haben wir in der Vergangenheit Doppelhaushalte aufgestellt? – Weil sie für die Bevölkerung und für die Gruppen, für die wir zu sorgen haben, eine große Planbarkeit und Zuverlässigkeit ausstrahlen, weil wir nur noch mit einem Nachtragshaushalt kleinere Korrekturen vornehmen müssen.

Lieber Finanzminister, lieber Albert, ich respektiere ihn und gratuliere zu dem zunächst einmal als Schachzug empfundenen und inzwischen von allen einhellig und wie selbstverständlich anerkannten Ein-Jahres-Haushalt. Als wir das erste Mal von ihm gehört haben, haben nicht wenige geschluckt und gestutzt. Deswegen sage ich an der Stelle: Lieber Herr Finanzminister, ich glaube, es gibt niemanden, der der Meinung ist, dass im Moment der Job, den du hast bzw. den Sie haben, vergnügungsteuerpflichtig ist.

Deswegen sage ich an dieser Stelle: Lieber Albert, lieber Herr Finanzminister, das, was wir hier – –

(Zuruf)

– Wenn Sie allmählich Probleme mit Vornamen oder sonst irgendetwas haben, können Sie auch Karten lesen. Lassen Sie mich einfach meine Rede halten!

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Herr Prof. Hahn, ich gehe auf das, was Sie erzählen, nicht weiter ein.

Lieber Herr Finanzminister – –

(Zurufe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte.

Michael Hofmann (CSU): Sie unterstreichen im Grunde genommen ja nur das, was zumindest drei Viertel der Bevölkerung in Deutschland inzwischen schon erkannt haben, nämlich dass es Ihnen nur darum geht, Rabatz zu machen, dass es Ihnen nur darum geht, ständig auf irgendetwas draufzuhauen, anstatt anständige Lösungen zu bieten.

(Beifall – Zuruf)

Sie kennen vielleicht den Spruch: Jemand, der nur einen Hammer als Werkzeug hat, sieht in jedem Problem einen Nagel. Herr Prof. Hahn, der Hammer, den Sie haben, ist verdammt groß, weil Sie überall nur Nägel sehen.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Jetzt komme ich zurück auf den Plan und die Zuverlässigkeit. Der Herr Kollege König hat es bereits ausgeführt: Auch dieser Haushaltsplan ist trotz der Tatsache, dass er nur ein Jahr umfasst, von Zuverlässigkeit geprägt. Diejenigen, die es als Erste spüren, sind unsere Kommunen.

Wir haben den kommunalen Finanzausgleich auch weiterhin auf 10,36 Milliarden Euro belassen, auf einer Höhe, die es schon in der Vergangenheit, in einer Zeit voller Ungewissheit, unseren Kommunen ermöglicht hat, ihre Investitionen weiter zu tätigen. Das ist, weiß Gott, nicht selbstverständlich in einer Zeit, in der sich der Freistaat Bayern im vergangenen Jahr vorsorglich einen Kreditrahmen gegeben hat, um auf alle Unwägbarkeiten einzugehen.

Der Freistaat Bayern übernimmt auch die Last der Kommunen, indem wir auf unsere Weise Schulden machen. Man kann der kommunalen Familie an der Stelle sagen: Sie haben in uns einen wertvollen Mitstreiter, weil wir wissen, was wir an ihnen haben, weil wir wissen, dass wir ohne unsere Kommunen diesen Freistaat Bayern nicht hervorragend lenken können.

Gleichzeitig investieren wir auch weiterhin. Wir haben in diesem Haushalt eine Investitionsquote von 14 % – 9,9 Milliarden Euro. Ich glaube in diesem Zusammenhang, dass wir recht daran tun, auch weiterhin Investitionen zu tätigen, weil wir auf die Zukunft achten. Wenn wir auf die Zukunft achten – wir reden immer darüber, ob der Freistaat genug für die Zukunft tut –, möchte ich auch darauf hinweisen, dass die Hightech Agenda genau darauf ausgelegt ist.

Wieso sind wir denn als Freistaat so stark im Vergleich zu anderen Bundesländern und zu Ländern außerhalb der Bundesrepublik Deutschland? – Wir sind so stark, weil schon diejenigen, die vor uns politische Verantwortung getragen haben, gewusst haben, dass man in Wissenschaft und Forschung investieren muss. Unsere Verteilung, unsere Stärke in der Region ist doch darin begründet, dass wir keinen Bezirk haben, in dem wir keine hervorragend ausgestatteten Universitäten und Technischen Hochschulen haben. Genau das ist doch der Punkt, dass wir in der Lage sind, wohnortnah und angepasst an die Entwicklungen und die Bedürfnisse der Bevölkerung entsprechende Forschungsmöglichkeiten zu bieten. Forschung ist doch der große Fortschritt, den wir haben, ist doch die große Möglichkeit, auf die Unwägbarkeiten zu reagieren und letzten Endes auch damit der Probleme, die auf uns zukommen, Herr zu werden.

Deswegen sage ich auch an die Kollegen der GRÜNEN, dass die Hightech Agenda ein Bestandteil und ein Baustein dafür sein wird, dass wir die Zukunft für uns gewinnen. Dass Sie nicht mit allem einverstanden sind, ist uns allgemein bekannt. Das war auch schon 1986 so, als die GRÜNEN erstmals in den Bayerischen Landtag eingezeichnet sind. Ich habe seitdem keine Rede der GRÜNEN gehört, in der sie nicht eine Philippika darüber losgelassen hätten, wie es denn mit dem Freistaat Bayern in fünf oder zehn Jahren letzten Endes bestellt sein wird.

Wir dürfen festhalten: Obwohl Sie seit 25 Jahren das Ende des Freistaats Bayern und seiner Blüte vorhersagen, haben wir den Fortschritt bei uns und den Vorsprung gegenüber allen anderen Bundesländern noch deutlich ausgebaut. Wir sind heilfroh, dass wir inzwischen – auch das darf man einmal sagen – keinen Länderfinanzausgleich der alten Prägung mehr haben; denn sonst würde zu diesem Finanzausgleich Baden-Württemberg noch ein bisschen beitragen, und den Rest würde der Freistaat Bayern einzahlen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD): Hamburg!)

– Hamburg, okay, ist natürlich mit seinen drei Millionen Einwohnern mit der Wirtschaft im Freistaat Bayern nicht zu vergleichen. Dem lieben Kollegen Arnold sei es aber gegönnt: Ja, auch Hamburg hätte ein bisschen etwas eingezahlt.

Wir sind uns aber einig: Der Freistaat Bayern hat den Länderfinanzausgleich in all den vergangenen Jahren finanziert, und wir würden das auch weiterhin machen. Von daher glaube ich, dass wir als Freistaat Bayern recht daran tun, in dem Zusammenhang die Politik fortzusetzen, die unsere Vorgänger hier gut bereitet haben.

Deswegen kann ich den Menschen draußen an dieser Stelle auch noch einmal deutlich machen: Hier wird verantwortungsvoll mit ihrem Geld umgegangen. Lassen Sie sich nicht von diesen Zersetzern verwirren, von denen, die nur davon etwas haben, dass es dem Land irgendwann einmal schlechter geht, um irgendwann selbst an die Regierung zu kommen.

Diese CSU, die jetzt mit den FREIEN WÄHLERN regiert, vorher allein oder auch mal mit der FDP, die allerdings rausgewählt worden ist,

(Zuruf: Das ist uns neu!)

hat in den vergangenen Jahrzehnten bewiesen, dass dieser Freistaat Bayern gut geführt wird. Das ist auch der Garant, dass er in Zukunft gut geführt wird. Wir setzen gerne auf Partner, auf die wir uns verlassen können. Wir setzen aber vor allem auf die Stärke dieses Freistaates und der Bevölkerung, der Unternehmerinnen und der Unternehmer sowie des ehrenamtlichen Engagements, weil das im Grunde das Wesen des Freistaats Bayern ausmacht. Wir sind mehr als nur ein Bundesland. Wir sind auch mehr als ein Freistaat. Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft. Dieses Wort hat wohl noch nie so viel bedeutet wie in der gegenwärtigen Krise. Deswegen hoffe ich sehr, dass die Gesamtbevölkerung unseren Kurs mitträgt und wir gemeinsam durch die Krise kommen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD macht eine Zwischenbemerkung.

Martin Böhm (AfD): Geschätzter Herr Kollege Hofmann, jeder Zimmermann weiß, dass ein guter Nagel mehr hält als jede Schraube. Insofern bin ich hier über Ihre Metapher, die Sie uns zuschreiben, sehr glücklich. Das haben Sie glänzend gelöst.

Jetzt zur Sache. Sie haben gerade postuliert, dass nur 25 % uns vertrauen würden. Wir wissen natürlich aus Studien, dass 75 % Ihnen nicht mehr vertrauen. Lösen Sie das doch einmal mathematisch auf! Wie ist denn da der Unterschied? – Uns vertrauen 25 %, und Ihnen vertrauen 75 % nicht. Wie bekommen wir das auf einen Nenner?

Michael Hofmann (CSU): Herr Kollege Böhm, es ist nicht meine Aufgabe, Ihnen noch einmal genau zu erklären, was ich vorhin gesagt habe, da Sie mir vorhin nicht zugehört haben. Dass Sie in dem Zusammenhang gerade jedem Zimmerer mit dem, was Sie gesagt haben, die Schamesröte ins Gesicht getrieben haben, ist auch klar.

Lieber Herr Kollege Böhm, seien Sie mir nicht böse. Das, was Sie hier auch wieder betrieben haben, das, was auch der Kollege Mang vorhin in dem Zusammenhang betrieben hat, hat doch immer nur ein Ziel: Ihnen geht es doch nicht darum, dass es dem Land besser geht. Ihnen geht es auch nicht darum, dass es den Menschen besser geht; das wurde ja aus Ihrer Partei heraus hinlänglich unterstrichen. Sie haben nur ein Ziel: Unfrieden und Zwist zu streuen, damit die Menschen sich gegeneinander aufstacheln. Denn genau das ist es, was Extreme gern haben; davon profitieren sie. Seien Sie versichert: Je länger Sie im Freistaat Bayern bzw. hier im Bayerischen Landtag Reden halten, desto mehr erkennen alle anderen in diesem Freistaat, was Ihre wahre Intention ist. Ich mache mir darüber keine Sorgen. Reden Sie ruhig weiter; die Menschen erkennen Ihr wahres Gesicht.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Ich bedanke mich. Der Kollege Hofmann hat zu Ende gesprochen. – Ich darf jetzt den für die Staatskanzlei zuständigen Staatsminister Dr. Florian Herrmann aufrufen. Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Rednerpult.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Haushaltsdebatte verwundert es natürlich nicht, dass ein und dasselbe Zahlenwerk so völlig unterschiedliche Reaktionen hervorruft. Ich möchte zu Beginn allen danken, die sich mit dem Haushalt des Freistaates Bayern intensiv befasst und dazu im Haushaltsausschuss, aber vor allem in der heutigen Debatte Stellung genommen haben.

Besonders danken möchte ich den beiden Kollegen König und Pohl. Sie haben sich wirklich mit der Architektur des Haushalts, mit den inhaltlichen Schwerpunkten auseinandergesetzt und sind daher völlig zu Recht zu dem Ergebnis gekommen, dass es sich, wie Kollege König gesagt hat, um einen Haushalt der Zuversicht bzw. – Kollege Pohl – um einen Zukunftshaushalt handelt.

Ich danke auch dem Kollegen Zellmeier, dass er mit dem einen oder anderen Irrtum aufräumen konnte, der im Laufe der heutigen Debatte geäußert wurde.

Mir ist aufgefallen, dass der Kollege Arnold sich mit dem Haushalt intensiv auseinandergesetzt und eigenständige Vorschläge der SPD-Fraktion vorgelegt hat. Allerdings hatte ich schon bei der Hälfte Ihrer Ausführungen den Eindruck, dass Sie das Haushaltsvolumen von 100 Milliarden Euro überschritten haben, ohne irgendeinen Gegenfinanzierungsvorschlag vorzulegen.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Deshalb greift auch hier wieder der alte Vorwurf der mangelnden Solidität von SPD-Haushaltspolitik.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Oder, wie es ein Berühmter von uns einmal gesagt hat: Eher legt ein Hund einen Wurstvorrat an als ein Sozialdemokrat einen soliden Haushalt vor.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Ich will auch betonen, dass Frau Schulze nicht zu den Reihen derer gehört, die sich intensiv mit dem Haushalt bzw. dem vorliegenden Einzelplan beschäftigt haben. Ich weiß nicht, wo sie gerade ist.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Ja, ja. Das ist ähnlich wie bei dem Kollegen Hagen. Er ist wieder da; das freut mich. Er war nämlich vorhin weg. Frau Schulze ist nicht da. Das bedaure ich sehr.

Ich bedaure es auch, dass sie insgesamt sehr hopplahopp über diesen Haushalt drübergegangen ist, um dann in erster Linie allgemeine Ausführungen zu bundespolitischen Grundsatz- bzw. Wahlkampfthemen zu machen. Das könnte man ihr noch nachsehen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Aber ich muss auch ehrlich sagen: Die Ausführungen der Kollegin Schulze waren in Form und Inhalt völlig unangemessen. Ich habe erneut den bekannten Zweiklang erkannt. Wenn es in die Grundsatzdebatten geht, ist von den Rednern der Schulze-Fraktion immer derselbe Zweiklang zu hören: Zum einen wird das Land schlechtgeredet. Zum anderen werden Personen diffamiert.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Die Art und Weise, wie die Kollegin Schulze in dieser Debatte den Ministerpräsidenten persönlich angegriffen und wie sie sich an ihm persönlich abgearbeitet hat, war in der Wortwahl und im Stil von einer Überheblichkeit geprägt, dass man wirklich sehr lange suchen muss, um ein vergleichbares Beispiel zu finden. Ich sage das sehr deutlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jede politische Auseinandersetzung, die man in der Sache führt, ist völlig berechtigt. Das ist gar kein Thema; dafür sind wir ja hier im Bayerischen Landtag. Dennoch ist es eine Frage des Stils, wie man miteinander umgeht. Ich stelle mir die Frage, wie Sie alle miteinander in der Schulze-Fraktion reagieren würden, wenn wir über jemanden von Ihnen in dieser herablassenden und aggressiven Art und Weise sprächen. Ich glaube, Sie wären sehr empört. Diese Empörung sollte Sie heute auch einmal treffen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich will Ihnen außerdem noch sagen: Gerade wenn es um das Thema Corona-Management geht, wundert es mich immer sehr, welche Grundsatzausführungen Sie hier machen, und ich frage mich, ob Sie diese Ausführungen genauso im Landtag von Baden-Württemberg tätigen würden; denn die Linie, die vom dortigen Ministerpräsidenten Kretschmann verfolgt wird, ist derjenigen, die wir hier verfolgen, sehr, sehr ähnlich. Die beiden Ministerpräsidenten haben ein sehr gutes Einvernehmen, was die grundsätzliche Linie und die Abstimmungen im Detail betrifft. Sie sollten sich also einmal überlegen, ob Sie die gleiche Rede auch in Baden-Württemberg halten würden oder ob das Ganze nur wieder Ausdruck der grünen Doppelmoral ist. Ich kann Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren: Hochmut kommt vor dem Fall!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In Sachen Überheblichkeit, lieber Kollege Hagen, will ich auch Sie ansprechen. Denn dem Ministerpräsidenten Missachtung des Parlaments zu unterstellen, weil er heute hier nicht anwesend ist, schießt einfach über das Ziel hinaus. Das wissen Sie auch ganz genau.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Hinzu kommt die Art, in der Sie das nach außen transportieren wollen – wider besseres Wissen. Sie wissen genau, dass es in Deutschland wohl kaum einen anderen Mi-

nisterpräsidenten gibt, der häufiger im Parlament seines Landes ist. Nach mittlerweile zehn Regierungserklärungen steht morgen die elfte an, in der er Rede und Antwort stehen und seine bzw. unsere Politik erläutern, rechtfertigen, verteidigen wird. Den Vorwurf der Missachtung des Parlamentes kann man dem Bayerischen Ministerpräsidenten wirklich zuallerletzt machen. Das sollten auch Sie sich ins Stammbuch schreiben lassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Abgesehen davon, dass Sie das – ich will es noch einmal sagen – wider besseres Wissen tun, ist das eigentlich auch nicht Ihr Niveau; es verkauft sich halt sehr schön nach draußen. Nachdem auch Sie hier in erster Linie die großen bundespolitischen Themen bespielen, fragt man sich zum wiederholten Mal: Warum haben Sie dann 2017 nicht zugeschlagen, um mitzuregieren?

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der FDP)

Ich will nicht nochmals auf alle Punkte eingehen; denn darüber wurde ausführlich diskutiert.

Dieser Haushalt steht insgesamt – genauso wie unser ganzes Land – im Bann der Corona-Pandemie. Wir erleben die größte globale Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Auswirkungen sind nicht nur gesundheitlicher Art, sondern beeinträchtigen alle Bereiche des öffentlichen, des politischen, des wirtschaftlichen und des privaten Lebens. Es handelt sich eben um eine weltweite, äußerst komplexe Katastrophe, in der wir mittendrin stehen; wir sind mitten in dieser Lage.

Der Staat hat im Interesse und zum Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts selbstverständlich die Pflicht, diese Folgen durch erhöhte finanzielle Aufwendungen abzumildern. Die Situation wird

zusätzlich dadurch verschärft, dass aufgrund des coronabedingten Konjunkturerinbruchs die staatlichen Einnahmen deutlich zurückgegangen sind.

In dieser Krise zahlen sich – natürlich – die jahrzehntelange finanzpolitische Solidität und Seriosität Bayerns aus. Es wird Bayern auch im Haushaltsjahr 2021 gelingen, Corona und seine Folgen wirkungsvoll zu bekämpfen, zugleich sinnvoll in die Zukunft unseres Landes zu investieren und dabei verantwortungsvoll mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger umzugehen. Ein Beleg dafür ist, dass trotz der Krise die Ratingagentur Standard & Poor's Bayern im vergangenen Jahr erneut das Spitzenrating Triple-A verliehen hat.

Die derzeitige Ausnahmesituation erschwert langfristige Planungen – leider. Wir müssen auch finanzpolitisch auf Sicht fahren. Deshalb verabschieden wir heuer keinen Doppelhaushalt.

Die drei wichtigsten Zahlen möchte ich in Erinnerung rufen: die Gesamtausgaben in Höhe von 71,2 Milliarden Euro, die Neuverschuldung, die sich für die Jahre 2020 und 2021 auf insgesamt 20 Milliarden Euro belaufen wird – diesen Rahmen wollen wir natürlich einhalten –, und, auch das ist wichtig, die Investitionsquote von 14 %. Letztere zeigt, dass wir Bayern auch in Zukunft gestalten wollen. 9,9 Milliarden Euro – das ist wirklich ein neues Rekordniveau der Investitionen. Finanzpolitik besteht eben nicht aus abstrakten Rechenkunststückchen, sondern in diesen Zahlen manifestiert sich politische Tatkraft.

Ich möchte Ihnen jetzt keinen allgemeinen Rundumschlag zumuten, sondern nur einzelne Punkte herausgreifen, die exemplarisch für die Zukunftskraft dieses Haushalts stehen, meine Damen und Herren. Es sind zwei Themen: Das eine ist die Corona-Pandemie, das andere der Klimawandel.

Corona ist überraschend, geradezu blitzartig über uns hereingebrochen. Entsprechend schnell mussten wir handeln, um wirksam Hilfe leisten zu können – zum einen zur Sicherung des Gesundheitssystems, zum anderen zur Stabilisierung unserer Wirt-

schaft. Deshalb haben wir gleich im Frühjahr 2020 den Sonderfonds Corona-Pandemie aufgelegt. Den Gesamtrahmen von 20 Milliarden Euro für beide Jahre – ich möchte das betonen – wollen und werden wir einhalten. Das entspricht nicht nur unseren Prinzipien einer seriösen Haushaltspolitik, das ist natürlich auch eine moralische Verpflichtung gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Entsprechend gilt für alle Ressorts der Staatsregierung eine strikte Ausgabendisziplin.

Zum Neustart nach der Krise, und das halte ich für einmalig in Deutschland, soweit wir das überblicken, hat die Staatsregierung die Hightech Agenda neu aufgelegt und signifikant erweitert. Sie ist ein wesentlicher Baustein dieses Haushalts, und sie leistet Krisenbewältigung in doppelter Hinsicht. Zum einen sind die 3,5 Milliarden Euro, die wir in diese Technologieoffensive investieren, geradezu ein bayerisches Investitionsprogramm. Mit der Hightech Agenda plus haben wir dafür gesorgt, dass die Maßnahmen gerade jetzt noch schneller umgesetzt werden.

Mitten in der Krise setzen wir dieses Zeichen der Zuversicht. Wir lassen uns vom Coronavirus den Horizont nicht verstellen, sondern behalten die Zukunft im Blick. Dafür fördern wir eben Schlüsseltechnologien der Zukunft wie Luft- und Raumfahrt, künstliche Intelligenz, Life Sciences, Wasserstoff, Quantentechnologie und die Infektionsforschung. Allein für heuer sieht der Haushalt dafür Ausgaben in Höhe von 925 Millionen Euro und circa 1,46 Milliarden Euro Verpflichtungsermächtigungen vor. Diese Mittel kommen nicht nur wissenschaftlichen Einrichtungen zugute, sondern auch den Unternehmen, vor allem aus dem Bereich des Mittelstands. Diese werden vor allem von der digitalen Transformation profitieren, und die erhält durch die Hightech Agenda einen neuen Schub.

Das ist auch die Antwort auf die von Ihnen in den Raum gestellte Frage, Herr Kollege Siekmann, was denn das Ganze mit Ihrer Generation zu tun habe und welche Antworten und welche Lösungen der Haushalt dafür bereithalte. Sie vermissen das wahrscheinlich, weil Sie sich mit der Hightech Agenda nicht beschäftigt haben. Ich sage Ihnen auch: Das ist nicht die Antwort auf die Fragen Ihrer Generation. Wenn ich mir

Ihren Lebenslauf anschau, dann sehe ich, dass Sie von den Leistungen und den Reformen der Staatsregierung der letzten 20 Jahre in Ihrem eigenen Lebenslauf sichtbar bereits profitiert haben. Sie konnten wirklich hoch qualifiziert an der LMU studieren oder auch Auslandsaufenthalte machen. Dadurch haben Sie bereits von den früheren Hightech-Offensiven in Ihrer eigenen Biografie profitiert. Bei der Hightech Agenda plus geht es um die nächsten Generationen, die von dem nächsten Schritt der Technologisierung und der Digitalisierung profitieren wollen. Dafür legen wir die Grundlage, und das ist die Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Natürlich geben diese neuen Technologien auch die Antworten auf die Herausforderung des Klimaproblems. Beispielsweise sind unsere Investitionen in die Entwicklung von Cleantech ein aktiver Beitrag zur Emissionsreduzierung und dadurch natürlich zum Klimaschutz. Denn auch wenn Corona hoffentlich bald vorbei sein wird, wird uns der Klimawandel natürlich noch länger beschäftigen. Die Erderwärmung ist langfristig gesehen global die komplexeste Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Die Bewältigung dieses globalen Problems kann nur durch eine möglichst große Summe regionaler Lösungen erfolgen, auch hierzu leisten wir unseren Beitrag. Deshalb erhöhen wir neben den Mitteln für Maßnahmen der Hightech Agenda auch unsere Investitionen in den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, wenden für das Maßnahmenpaket Artenschutz samt Begleitgesetz insgesamt 76 Millionen Euro und für die Bayerische Klimaschutzoffensive 77 Millionen Euro auf.

Meine Damen und Herren, Klimaschutz ist nicht nur ein Gebot der Vernunft, er ist auch eine moralische Verpflichtung gegenüber der nächsten Generation. Dieser Verantwortung werden wir auch im Bereich Bildung gerecht; denn im Haushalt sind die Bildungsausgaben mit 23,7 Milliarden Euro der mit Abstand höchste Posten. Das ist ein Drittel unserer Gesamtausgaben. Damit schaffen wir unter anderem 1.500 neue Stellen an unseren Schulen. Für die Kindertageseinrichtungen erhöhen wir die Förderung auf

fast 2,9 Milliarden Euro, um Eltern und Kommunen bei der Kinderbetreuung deutlich zu unterstützen.

Auch die traditionell hohe Unterstützung der Kommunen – das wurde zu Recht schon ausgeführt – bleibt in diesem Jahr beachtlich. Der kommunale Finanzausgleich steigt auf insgesamt 10,4 Milliarden Euro. Damit erreicht er trotz sinkender Einnahmen einen neuen Höchststand. Die Kommunen sind das Fundament unseres Staatsaufbaus, und das darf gerade in Krisenzeiten nicht bröckeln, weil hier die Bürgerinnen und Bürger Einschränkungen ganz schnell und ganz unmittelbar spüren würden.

Krisenzeiten machen uns aber auch schmerzhaft bewusst, was für ein hohes Gut Sicherheit ist. Es ist der Urzweck eines Staates, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Noch nie gab es bei der bayerischen Polizei so viele Stellen, nämlich 44.000. Allein in diesem Jahr gibt es 500 neue Stellen, und auf den Zeitraum von 2017 bis 2023 gesehen ist mit insgesamt 3.500 neuen Stellen eine insgesamt deutliche Stärkung zu verzeichnen. Das erkennen wir natürlich auch an der deutlichen Erhöhung des Polizeibudgets. Im Vergleich zum Jahr 2015 gibt es ein Plus von sage und schreibe 50 %. Allein im Jahr 2021 sehen wir 460 Millionen Euro als Einsatz- und Betriebsmittel vor. Sicherheit ist uns etwas wert, und ich bin mir sicher, dass außer dem Freistaat Bayern niemand solche Zahlen aufweisen kann, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es wurde natürlich schon angesprochen, und deshalb komme ich zum Schluss dazu, dass in der Bayerischen Staatskanzlei die Fäden der Politik des Freistaats Bayerns zusammenlaufen. Die Staatskanzlei unterstützt den Ministerpräsidenten und die Staatsregierung insgesamt bei der Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben, in Bundes- und Europaangelegenheiten sowie in der Medienpolitik. Die europapolitischen Aufgaben werden durch die Kollegin Huml wahrgenommen. Wenn Sie, Herr Siekmann, eine Taskforce für die grenzübergreifende Zusammenarbeit suchen, dann

schauen Sie dort hin; sie sitzt dort. Sie ist die Taskforce für die Zusammenarbeit mit Tschechien, für die Zusammenarbeit mit all unseren anderen Partnerregionen, wenn sich nicht gerade der Ministerpräsident selbst darum kümmert. Gerade in den schwierigen Phasen der letzten Monate, in denen vieles mit unseren Nachbarn abzugleichen und abzustimmen war, wurde dies vom Freistaat Bayern in sehr verantwortungsvoller Weise durch viele Gespräche und Kontakte wahrgenommen.

(Zuruf)

Sie sollten nicht von Grenzschießungen sprechen, weil es die nicht gibt. Es sind Kontrollen, die mit der Bekämpfung des Coronavirus zu tun haben. Das ständige und erneute Verbringen des Virus muss durch entsprechende Kontrollen verhindert werden; denn die Menschen, die sich bewegen, die reisen, müssen negativ und dürfen nicht positiv getestet sein. Aber all diese Detailfragen, die Unterstützung anderer Länder mit Intensivbetten usw., brauchen wir jetzt nicht extra erwähnen. Es liegt Ihnen offenbar daran, selbst diesen Bereich unserer Politik schlechtzureden.

Gerade in der Corona-Pandemie ist die Staatskanzlei natürlich besonders gefordert. Wir haben ja, wie Sie wissen, diesen besonderen Koordinierungsstab Corona eingerichtet, der nach dem Spiegelprinzip zwanzig neue Stellen umfasst. Auch für den Bayerischen Ethikrat wurde in der Staatskanzlei eine Geschäftsstelle eingerichtet, die zusätzliches Personal erfordert.

Zu dieser ständigen Pauschalkritik an den Stellen, die von der Schulze-Fraktion, von der SPD und eigentlich von allen Oppositionsfraktionen kam,

(Zuruf)

will ich sehr deutlich machen, dass Sie sich an den Falschen abarbeiten. Sie können gerne die politische Spitze dieser Regierung kritisieren, Sie sollten aber aufhören, ständig zu behaupten, dass die Beamtinnen und Beamten in den Ministerien irgendwie überflüssig wären oder überflüssige Arbeit machen würden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das fängt schon damit an, dass man ständig von "Apparat" spricht. Ich würde es gut finden, wenn

(Zuruf)

Sie die Beamtinnen und Beamten nicht immer als "Apparat" bezeichnen würden, sondern als das, was sie sind, nämlich als hoch qualifizierte und hoch leistungsbereite Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienste des Freistaates Bayern, unserer gesamten Gesellschaft und unseres Gemeinwohls. Mir ist es wichtig, dies hier zu betonen, weil es von Ihnen immer wieder in Abrede gestellt wird. Ich habe es schon im Haushaltsausschuss erlebt, als ich Rede und Antwort für die einzelnen Stellen gestanden habe. Ich habe den Eindruck, dass die Hunderte von Stellen, die Sie alle zusätzlich fordern, in Ihren Augen die guten Stellen sind, für die man nicht genug Beamte haben kann, aber die Beamtinnen und Beamten, die da sind, die ihre Arbeit machen, die Hunderte von schriftlichen Anfragen beantworten, die Tausende von Anfragen zum Plenum beantworten, die die ganze Arbeit von früh bis spät selbstverständlich erledigen, überflüssig sind und unsinnige Dinge tun. Das ist eine Unverschämtheit. Das weise ich im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausdrücklich zurück.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das sage ich auch in Ihre Richtung, Herr Halbleib, weil der Kollege Arnold, der jetzt nicht da ist, das immer einfordert.

Glauben Sie eigentlich, diese Verordnungen schreiben sich von selbst? Glauben Sie eigentlich, die schreiben sich von selbst, wenn die Ministerpräsidenten Beschlüsse fassen,

(Zuruf)

wenn wir im Kabinett Entsprechendes umsetzen und wenn Sie dann sagen, wir hätten gerne morgen früh um neun oder um halb zehn

(Zuruf)

die fertige Verordnung? Dann kann ich Ihnen nur sagen, das müssen alles Leute machen, und die Leute, die diese Arbeit machen, sind nicht überflüssig.

(Zuruf)

Arbeiten Sie sich mal nicht – –

(Zuruf)

Arbeiten Sie sich mal lieber nicht an den Falschen ab.

(Zuruf)

Arbeiten Sie sich mal lieber nicht an den Falschen ab.

(Zurufe)

Ich weise abschließend darauf hin, meine Damen und Herren – –

(Zuruf)

– Nein, die Frage beantwortet sich eben nicht durch Ihre Beschimpfungen,

(Zuruf)

sondern allein durch den Hinweis auf die Tatsache, dass irgendjemand die Arbeit machen muss, und das sind die Beamten, die Sie für überflüssig halten. Das halten wir hier mal fest.

(Zuruf)

Wir haben auch noch einen anderen Politikbereich, nämlich den der Medienpolitik. Der Kollege Zellmeier hat darauf hingewiesen, die Medienpolitik ist auch in der Staatskanzlei angesiedelt.

(Zuruf)

Es ist ein Bereich, der gerade in letzter Zeit im Zuge der Pandemie an Bedeutung gewonnen hat, wie es der Kollege Zellmeier ausgeführt hat; denn gerade in dieser Phase müssen wir uns in zunehmendem Maße gegen die Verunsicherung vieler Menschen durch Fake News, durch Falschbehauptungen, durch unwahre Behauptungen in den Medien, vor allem in Social Media, wehren. Als Gegenpol brauchen wir die Medien, die wir als Qualitätsmedien bezeichnen. Sie nehmen mit qualifizierten Journalistinnen und Journalisten eine Einordnung dieser Überfülle an Informationen vor, die notwendig ist, um in einer freien und demokratischen Gesellschaft den Willensbildungsprozess in einer vernünftigen Art und Weise gestalten zu können.

Deshalb ist es uns wichtig, die qualitätvollen und vielfältigen Lokalfernsehsender aus dem Staatshaushalt zu fördern. Es waren eben auch massive wirtschaftliche Einbußen im Bereich der lokalen und regionalen Fernsehanbieter hinzunehmen, weil die Werbeeinnahmen dramatisch zurückgegangen sind. Wenn wir aber auf dieses flächendeckende TV-Angebot nach der Pandemie nicht verzichten wollen, sondern es eben sichern wollen, dann kommen wir um die Erhöhung der Haushaltsmittel um 2,5 Millionen Euro auf 15 Millionen Euro nicht herum. Ich halte es für gut, dass der Bayerische Landtag das auch so sieht. Insgesamt haben wir dann nämlich fast 30 Millionen Euro für die bayerische Medienförderung zur Verfügung. Dieses Geld ist gut investiert. Wir sehen, was gerade die Verquerdenker und andere anrichten.

Das Gesamtvolumen des Etats der Staatskanzlei erhöht sich insgesamt um 2,7 % auf insgesamt 131,6 Millionen Euro. Der Großteil dieses Mehrbedarfs ist auf die soeben dargestellte erhöhte Förderung hochwertiger lokaler Fernsehangebote zurückzuführen.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sowie zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Hier erhalten wir mit 12 Millionen Euro unser starkes Engagement aufrecht.

BAYERN DIGITAL gilt auch für die Staatskanzlei. Deshalb investieren wir 2,5 Millionen Euro in die Verbesserung der baulichen IT-Infrastruktur.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Dieser alte Satz bewahrheitet sich, wenn wir auf unseren Staatshaushalt des Jahres 2021 blicken. Trotz dieser Jahrhundertherausforderung müssen wir nicht auf Mangelverwaltung umstellen. Die Bayerische Staatsregierung beachtet die strengste Ausgabendisziplin und ist sich ihrer Verantwortung bewusst, auch den kommenden Generationen noch finanziellen Gestaltungsspielraum zu lassen. Deshalb werden wir weiterhin kraftvoll in die Zukunft unseres Landes investieren.

All das gewährleistet der Haushalt 2021: Zukunft und Zuversicht. – Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Es sind zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen eingegangen. Die dritte angemeldete Bemerkung kann nicht zugelassen werden, weil sich aus der Fraktion bereits drei gemeldet haben. Als Ersten darf ich jetzt den fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk um seinen Beitrag bitten.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Staatsminister, Sie haben viel gesagt, ohne wirklich viel zu dem aktuellen Tagesordnungspunkt zu sprechen. Eine Corona-Pandemie, der Klimawandel oder eine Hightech Agenda haben wenig mit dem Budget für die Staatskanzlei oder für den Ministerpräsidenten zu tun. Aber Sie sprechen in dem Zusammenhang immer von Zuversicht und Zukunftshaushalt.

Sie haben ja das Budget für das Personal angesprochen: Verordnungen schreiben sich nicht von selbst. – Ich denke, weniger wäre oftmals mehr. Glauben Sie nicht, dass weniger und schlankere Verordnungen für die Bürger besser wären, oder ist das das, was Sie als Wurstvorrat bezeichnet haben?

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Vielen Dank. – Mich verleitet Ihre Wortmeldung dazu, noch weitere Ausführungen zu einem Thema zu machen, das auch in unsere Zuständigkeit fällt, nämlich der Bürokratieabbau. Aber das erspare ich mir mit Blick auf die Dauer der heutigen Debatte. Das ist aber auch ein spannendes Thema, um das wir uns sehr intensiv kümmern.

(Zuruf)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Damit komme ich zur nächsten Intervention. Herr Kollege Harald Güller, bitte schön.

Harald Güller (SPD): Herr Staatsminister, nachdem Sie gesagt haben, Sie hatten bereits nach der Hälfte der Rede von Herrn Arnold den Eindruck, dass wir 100 Milliarden Euro ausgegeben haben, darf ich Sie aufklären, dass die SPD insgesamt 545 Millionen Euro bei einem 70-Milliarden-Euro-Haushalt vorgeschlagen hat. Damit könnten Sie Dinge wie 11 Millionen Euro für Lehrer für eine Ausbildungsoffensive, 26 Millionen Euro für Teamlehrkräfte, 10 Millionen Euro für inklusives Wohnen und sagenhafte 250.000 Euro für ein Lernmittelkonzept für Lehrerinnen und Lehrer finanzieren. Damit könnten Sie 10 Millionen Euro für die Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen und 20 Millionen Euro für Investitionen zur Förderung der bayerischen Krankenhäuser ausgeben. Damit sind 10 Millionen Euro für die Bayerische Eisenbahngesellschaft möglich, damit ein bisschen mehr Nahverkehr auf unseren Schienen ist, und Sie könnten mit sagenhaften 2,17 Millionen Euro auch noch 3.500 Jugendlichen den Berufseinstieg ermöglichen.

Wenn ich das alles zusammenzähle, sage ich Ihnen, das wäre gut angelegtes Geld, und da ist der Taschenrechner, den ich Ihnen gerne schenke, wenn Sie einen brauchen, noch nicht mit eingerechnet.

Sie versündigen sich mit diesem Haushalt an der Zukunftsfähigkeit Bayerns. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Kollege Güller, ich glaube Ihnen ja, wenn Sie sagen, das ergibt die Summe, die Sie genannt haben. Dann ist es vermutlich der überragenden Rhetorik des Kollegen Arnold geschuldet, dass man meint, es sind 100 Milliarden Euro.

(Zuruf)

Auf der anderen Seite habe ich, glaube ich, zur Zukunftsfähigkeit des Haushalts die notwendigen Ausführungen gemacht und erläutert, worauf wir den Schwerpunkt setzen.

Ich gehe davon aus, dass die Detailpunkte Ihrer Anträge bei den Einzelplänen der unterschiedlichen Ministerien, die Sie angesprochen haben, noch einmal diskutiert werden. Aber die Zukunftsfähigkeit habe ich, glaube ich, sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Ich würde mich freuen, wenn Sie sich im Laufe der weiteren zwei Tage noch davon überzeugen lassen würden und am Ende dem Haushalt zustimmen würden. Er vermittelt wirklich Zukunft und Zuversicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit sind die Zwischenbemerkungen auch erledigt, und die Aussprache ist geschlossen, weil nicht mehr Wortmeldungen eingegangen sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/12788 mit 18/12793, 18/12882 mit 18/12886, 18/12934 mit 18/12941 sowie 18/13026 und 18/13027 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14199.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung" auf Drucksache 18/12936 in einfacher Form. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist ausschließlich die AfD-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind alle anderen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 02 selbst. Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/14199 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 02 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die GRÜNEN, die SPD, die FDP, die AfD und Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Weil sich alle gemeldet haben, haben wir keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Ein-

zelplan 02 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die AfD. Stimmenthaltungen? – Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14199 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13026 und 18/13027 ihre Erledigung gefunden haben. Ich darf somit zur Zufriedenheit feststellen, dass die Beratung des Einzelplans 02 abgeschlossen ist.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 3

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: keine nochmalige Stellenmehrung in der Staatskanzlei
(Kap. 02 01 Tit. 422 01 u. 428 01)
Drs. 18/12788
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 02 02 neuer Tit.)
Drs. 18/12789
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzedder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Für eine effektive Wirkungskontrolle in der bayerischen Entwicklungszusammenarbeit - Mittel für Evaluierungen bereitstellen!
(Kap. 02 03 Tit. 526 11 u. 540 01)
Drs. 18/12790
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzedder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Sustainable Development Goals in Bayern gemeinsam umsetzen - Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie mit Bürgerbeteiligung neu erarbeiten
(Kap. 02 03 Tit. 526 23 u. 526 11)
Drs. 18/12791
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bayerischen Jugendring stärken statt Bayerisches Auslandsinstitut gründen
(Kap. 02 03 Tit. 540 58 u. 684 58)
Drs. 18/12792

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Umsetzung der Agenda 2030 in Bayern stärken
(Kap 02 03 Tit. 682 53, 542 53 u. 685 53)
Drs. 18/12793
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/12882
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 02 01 Tit. 428 01)
Drs. 18/12883
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Ausgaben für die Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen für staatliche Zwecke und die Nutzung durch Dritte bei dringendem Staatsinteresse
(Kap. 02 02 Tit. 981 16)
Drs. 18/12884
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)
Drs. 18/12885
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Ehrenpatenschaften des Ministerpräsidenten
(Kap. 02 03 Tit. 681 04)
Drs. 18/12886
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/12934

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bezüge der abgeordneten Beamten
(Kap. 02 01 Tit. 422 31)
Drs. 18/12935
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 18/12936
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Stiftung „Wertebündnis Bayern“
(Kap. 02 03 Tit. 540 54)
Drs. 18/12937
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Eine-Welt-Promotorinnenprogramm
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)
Drs. 18/12938
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 18/12939
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Förderung der internationalen Beziehungen Bayerns
(Kap. 02 03 Tit. 687 53)
Drs. 18/12940
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Gegen Fake-News - Zuschüsse für Veranstaltungen im Medienbereich
(Kap. 02 05 Tit. 686 05)
Drs. 18/12941